Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Junihälfte 2500.— Mk. Einzelverkaufspr. 200 Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 500.— Mark, auswärtige 600.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 300 Mk., für Reklamen 2000.— Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 127. Montag, 4. Juni 1923. 30. Jahrgang.

Zur Stützung der Mark!

Das Gesundungsprogramm der Sozialdemokratie.

Die Regierung Cuno-Becker hat im Reichstag mehrfach die Erklärung abgeben lassen, daß sie die Aktion zur Stützung der Mark noch geraume Frist durchhalten werde — aber trotzdem, die Mark steht heute unter der österreichischen Krone. Hilflos steht die Regierung Cuno da, nachdem sie alle Mittel, welche die früheren Leiter des Reichswirtschaftsministeriums vorgeschlagen haben, viel zu spät und in unzulänglicher Form angewendet hat. Vielleicht können ihr deshalb einige Vorschläge zur Beachtung empfohlen werden, die der von Parvus herausgegebene „Wiederaufbau“ in seiner nächsten Nummer als Ergebnis einer Unterredung mit Staatssekretär z. D. Professor Dr. Hirsch veröffentlicht. Die Unterredung handelt im wesentlichen von der Entstehung und dem Ausbau der Devisenverordnung, die bekanntlich von den, dem Kabinett Cuno nahestehenden Kreisen bei ihrem Erlaß aufs heftigste bekämpft, dann aber von Cuno-Becker keineswegs aufgehoben, sondern 6 Monate lang im wesentlichen unverändert beibehalten und erst später ganz in der von dem früheren sozialistischen Wirtschaftsminister Genossen Schmidt gewollten Richtung, aber immer noch nicht ausreichend, weiter ausgebaut wurde.

Hirsch verweist darauf, daß die bestehende Verordnung noch eine schwere Lücke enthält, indem der Kauf von ausländischen Wertpapieren weiterhin ohne jede Kontrolle möglich ist, so daß Marktflucht und Markzerrüttung auf diesem Wege noch völlig ungehemmt vor sich gehen können. Ueber die neue Fassung der Devisenverordnung und die notwendigen Maßnahmen äußert er sich wie folgt:

„In der jetzigen ungemein schweren Lage des Reiches mitten im Ruhrkampf und bei nicht geregelter Reparationslast ist jeder Versuch des Eingreifens auf dem Devisenmarkt nur relativ zu bewerten. Immerhin ist schon viel gewonnen, wenn der Sturz der Valuta verlangsamt wird, bis eine neue Regelung unserer Lage eine völlige Neueinstellung auf längere Sicht ermöglicht. Auch nach einer Neuregelung der Reparationspflicht wird es zunächst schwerlich ohne Valutaschwankungen abgehen. Augenblicklich, wo handelspolitisch wichtige Teile des Reiches der Zentralgewalt entzogen sind, wird sich wirtschaftspolitisch nicht übermäßig viel tun lassen, wohl aber sollte auch jetzt alles geschehen, was den Sturz der Valuta aufzuhalten oder doch zu verlangsamen geeignet ist. Neben der wichtigsten Frage, nämlich der geeigneten Behandlung des Reparationsproblems und neben einer technisch geschickten Fortführung der Interventionen in geeigneten Momenten scheint mir da auch das eine von großer Wichtigkeit: Daß man überall da, wo ein wirtschaftliches Interesse am Fallen der Valuta besteht, dieses Interesse beseitigt, so weit es in der Macht steht. Was hier möglich und folglich notwendig ist, sind die folgenden Punkte:

1. Eine grundsätzliche Aenderung der ganzen Kreditpolitik der Reichsbank, welche augenblicklich außer dem Steuereinnehmer wohl die einzige Stelle im Reiche ist, welche rechnet: Mark ist gleich Mark. Die Reichsbank schenkt, gemessen an den Sätzen des freien Marktes, jedem Krediteinnehmer Kaufkraft, die schließlich nur aus der Tasche ihrer Zwangsgläubiger, nämlich aller Papiermarkbesitzer und aller Papiermarkempfänger, genommen ist. Und sie fährt damit ungewollt aber weitgehend die Spekulation gegen die Mark. Deshalb sollte die Reichsbank

a) binnen ganz kurzer Frist nun mehr wertbeständige Wechselkredite ausgeben (Kredite in kurzgesicherter Mark oder in Goldwert;

b) bis zur Durchführung dieses Gedankens in ganz kurzen Etappen den Reichsbankdiskont scharf hinaufsetzen, zunächst vielleicht auf etwa 100 % jährlich, binnen ganz kurzer Frist auf die Sätze des freien Marktes für ganz kurzfristige Kredite.

2. Das Reich sollte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Möglichkeit der Inflationsgewinne auf dem Gebiete der Steuern und der Tarife eindämmen, und zwar

a) durch ein sofortiges Notgesetz, welches bei Nichtzahlung fälliger Steuern die ganze Last der Geldentwertung dem säumigen Steuerpflichtigen auferlegt und die Ablieferungstermine für indirekte Steuern, zumal Umsatz- und Luxussteuern, auf ganz kurze Termine, längstens auf einen Monat, abkürzt;

b) durch Heraufsetzung der Tarife der öffentlichen Betriebe, insbesondere Eisenbahnen und Post, gemäß der Geldentwertung, welche die wirklichen Unkosten dieser Verkehrsmittel auf die Schultern ihrer Benutzer legt;

c) durch alsbaldige Wiederheraufsetzung der Kohlensteuer und der Ausfuhrabgaben auf den Stand vor dem 1. Januar 1923;

d) durch Neuaufleguug einer inneren Goldanleihe, diesmal auch in Papiermark einzahlbar, zwecks Minderung der Noteninflation.

3. Die notwendige Steigerung der Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsleistung wird stets wieder unterbunden durch die Herabsetzung der Kaufkraft der Löhne, welche bei jedem Marksturz eintritt. Jeder solche Kurssturz bringt, zumal bei Ausfuhr- und solchen Inlandwaren, welche sich nach Weltmarktpreisen richten, den betreffenden Warenbesitzern kurzfristige, aber sehr reale Gewinne. Infolgedessen haben diese Kreise nicht selten ein materielles Interesse an der Verschlechterung und manchmal oft keines an der Besserung oder auch nur Aufrechterhaltung des Markkurses. Dieser äußere und innere Valutagewinn an allen Lohn- und Gehaltsempfängern sollte schleunigst beseitigt werden. Die Arbeitnehmer, also Beamte, Angestellte und Arbeiter, sollten die einseitige Last zugunsten derer, die der Bewegung der Valuta alsbald folgen, künftig ablehnen und Festsetzung wertbeständiger Löhne und Gehälter fordern.“

Diese Forderungen halten sich im wesentlichen im Rahmen der Politik unserer Reichstagsfraktion, wie sie von uns bisher vertreten worden ist.

Regierungsmaßnahmen gegen den Marksturz?

Berlin, den 4. Juni.

Wie die Montagspost hört, hat im Reichsfinanzministerium eine Sitzung stattgefunden mit Vertretern der Berliner Bankwelt und der Reichsbank, um die Mittel und Wege zu beraten, die der katastrophalen Markentwertung Einhalt gebieten können. Die Sitzung, an der in erster Reihe Vertreter der Stempelvereinigung teilgenommen haben, hat bisher ein greifbares Ergebnis zwar nicht gezeitigt, vielmehr sollen die Beratungen weiter fortgesetzt werden. Es scheint aber, daß man dem mehrfach erhobenen Verlangen, den freien Devisenhandel ganz zu verbieten, jetzt nähergetreten ist. In Verbindung mit dieser Maßnahme, die nicht ausreichen kann, wird nach anderen Mitteln gesucht, um vor allem die Devisenspekulation zu unterbinden. Bei den Beratungen dürfte auch die Frage einer schärferen Durchführung der Bestimmungen der neuen Devisenordnung eine große Rolle gespielt haben.

Zum Protest der Gewerkschaften.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Das Echo des Schreibens der gewerkschaftlichen Spitzenverbände ist auf Arbeitnehmerseite einhellig. Der eine oder der andere hätte den Ton des Schreibens an den Reichskanzler wohl noch etwas kräftiger gewünscht, es kommt aber nicht auf die Schärfe des Ausdrucks, sondern auf das Gewicht der Gründe an. Aus dem Unternehmerlager kommen jetzt Aeußerungen, die einen Versuch darstellen, sich von der Politik des heiligen Egoismus vorsichtig abzulösen. Man versucht zu unterstreichen, daß die Industrie bei ihrem Vorschlag von gutem Willen erfüllt gewesen sei, und daß sie — ja noch nicht ihr letztes Wort gesprochen habe.

Natürlich beklagt man sich verschiedentlich auch darüber, daß die Gewerkschaften in ihrem Schreiben an den Reichskanzler nicht „positiv genug“ gewesen sein sollen. Dabei wird übersehen, daß die Gewerkschaften von dem Kabinett Cuno-Becker gar nicht zu einer Aeußerung über das Wiedergutmachungsproblem aufgefordert worden sind. Sie waren aber verpflichtet, die Reichsregierung auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen, die durch den politischen Unverstand und die Diktaturgelüste des Reichsverbandes heraufbeschworen worden ist. Dennoch haben die Gewerkschaften nicht unterlassen, in glattem, klarem Umriß über die positiven Grundlagen einer finanziellen Gesundung Deutschlands zu sprechen. Dabei ist die allgemeine Anerkennung des Grundsatzes erreicht worden, daß wir „auf der ganzen Linie zu Goldsteuern kommen müssen“. Heute liegen die Dinge so, daß der Arbeitnehmer mit seinem automatisch erfolgenden Steuerabzug der einzige in Deutschland ist, der mit der Entwertung mitgehende Steuern, also im Effekt eine Art Goldsteuer, schon zahlt. Das Geldentwertungsgesetz hat sich trotz seines erst kurzen Bestehens zu einem erneuten Beitrag der Besitzsteuerpflichtigen am Staat ausgewachsen. Wollten die Unternehmer wenigstens ihren ehrlichen Willen zur Leistung von Goldsteuern bekunden, so wäre das immerhin ein Anfang.

Ein Rede Millerands.

TU. Paris, 4. Juni

Nach der gestrigen Einweihung des amerikanisch-französischen Denkmals in Thaumont hielt bei einem Festessen Präsident Millerand eine Rede, in der er sagte: Wenn wir jetzt im Ruhrgebiet sind, so ist bloß die Unverträglichkeit Deutschlands daran schuld, das es ablehnte, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Es hieße unser Ziel absichtlich entstellen, wenn man uns einen Geist der Eroberung und der Rache unterschieben will. Die Wahrheit ist einfacher, wir wollen nur, daß der Besiegte, der den Krieg entfesselt hat, seine Verpflichtungen halte und seine Verbrechen wieder gutmache. Unser Wille wird nicht schwanken, weil er sich auf die Gerechtigkeit stützt. Weiterhin sagte Millerand, die französische Regierung hegt jetzt so wenig wie in der Zeit von 1871 bis 1914 militaristische oder annexionistische Absichten. Die Geschichte werde einst zugestehen, daß die französische auswärtige Politik gemäßigt war und nur das eine Ziel verfolgte: Die Sicherheit Frankreichs in einem allgemeinen Weltfrieden zu bieten.

Die Brüsseler Konferenz.

TU. Paris 4. Juni.

Die Brüsseler Besprechungen zwischen Poincare und den belgischen Ministern Theunis und Jaspar werden am kommenden Mittwoch nachmittag 2 Uhr beginnen. Poincare wird von dem Finanzminister de Lasterie und dem Arbeitsminister Le Troquet begleitet sein. Außerdem werden sich General Degoutte und der Vorsitzende der Interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, in Brüssel einfinden. Man nimmt an, daß die französischen Minister am nächsten Tage wieder nach Paris zurückreisen werden.

Dollar 78000.

Der Staat bin ich!

Dr. L. Lübeck, 4. Juni.

Als seine dichten Haarlocken noch pechschwarz das kluge Gesicht umrahmten, da war Millerand Sozialist. Im grauen Haar neigte er zum Kompromiß. Und heute umgeben die dichten weißen Haare den Kopf eines Nationalisten — und Präsidenten des militaristischen alten Staates.

Kaum etwas Erschütterndes gibt es, als die Tragödie des Alterns. Wenn der Geist seinen Schwung verliert. Wenn er mit zehnfach gebrochenen Flügeln mühsam durch das sumpfige Tal engherzigster Alltäglichkeit, wie ein waidwunder Adler, flattert! Dann ruft ein Voltaire nach dem Pfaffen! Dann sieht selbst ein Martin Luther nicht mehr die nach Freiheit und Brot rufende Seele leidender Millionen; er sieht nur noch — sich.

Doch wehe der jungen Generation, wenn sie zu kritisieren wagt! Wenn sie im Leben, in der Politik den Schwung der großen Gesichtspunkte verlangt! Wenn sie sich aufbäumt gegen kleinliche Schlauheit, gegen das pedantische Hin- und Herwiegen mit kleinstem Gewicht auf der Wage des zittrigen Krämers.

Und um Nichts zerbrechen Völker, vergehen Kulturen, leiden Millionen. „Der Staat bin ich“, sagt die alte Generation. Solange, bis dieser Staat unterhöhlt, zerwühlt, verwest ist. In sich selbst versinkt die alte Generation, und die junge kommt. Aber die junge ist oft auch schon alt geworden. Auch bei ihr hat die Tragödie des Alterns nicht Halt gemacht.

Doch zurück zu Millerand! Er ist weiß, und er ist Nationalist. Und er macht Propagandareisen im Elsaß; läßt sich von der Handelskammer in Metz feiern und begrüßen.

Der Präsident dieser Handelskammer heißt de Wendel. Ehemaliger deutscher Reichstagsabgeordneter! (Da er Großindustrieller ist, tut die Nationalität nichts zur Sache!) Lothringen oder Polen, es ist alles eins; die Herren sind überall gleich — patriotisch.) Dieser Monsieur Wendel hält die Ansprache und sagt: Wenn die deutsche Propaganda immer behauptet, wir französischen Großindustriellen und Grubenbesitzer seien für die Ruhrbesetzung verantwortlich, so sei sie sehr im Irrtum. In Frankreich sei es nicht so wie in Deutschland; in Frankreich gebe es keinen Industriemagnaten und auch keinen Konzern, der seiner Regierung sagen dürfte: Der Staat bin ich! Allerdings müsse bei sämtlichen Auseinandersetzungen mit Deutschland, auf die Bedürfnisse der lothringischen Industrie Rücksicht genommen werden.

Wendel stellt also im ersten Satz etwas in Abrede, was er im zweiten Satz beweist. Und beweist im ganzen damit, daß die Profitgründe und die Logik der Großindustriellen etwas Internationales sind. Denn was er für sich in Frankreich gesagt hat, das könnten Stinnes und mancher andere ebensogut über sich und Deutschland geredet haben.

„Wir sind zwar nicht der Staat. Aber wir verlangen, daß wir so behandelt werden, als ob wir der Staat wären. Und wir selbst werden uns auf jeden Fall einstweilen so benehmen.“

Der Staat läßt sich das gefallen. Nicht nur in Deutschland! Auch in Frankreich! Nicht nur Millerand hat weißes Haar, auch der viel jüngere Cuno. Uebrigens ist die Tragödie des Alterns weniger eine Tragödie der Jahre — als des Kapitals!

Die Regierung Cuno will zu einem Abschluß kommen. Will sich mit der Entente verständigen über die Reparationszahlungen. Aber irgendwoher muß das Geld doch kommen. Und Frankreich und England verlangen Sicherheiten. Was tut also Cuno? Er tut nichts und schielt nach dem andern Staat im Staate, nach der Finanz. Ob die ihm nicht zu Hilfe kommen werde.

Und sie tut's wirklich. Mit einem freundlichen Lächeln bietet sie der Regierung ein Geschäft an. Und was für eins! Hätte Werner Sombart sein Buch über „Kapitalismus und Juden“ heute erst zu schreiben, er würde das Angebot der Industrie als einen glänzenden Beweis anführen können für den Einfluß der Ghettowucherer des Mittelalters auf die christlich-frommen Stinnes, Thyssen u. Co. von heute.

Denn was die Industrie dem Staate anbot, ist ein Wuchergeschäft. Nicht mehr und nicht weniger! Ein Linsengericht für die Erstgeburt der Republik. 200 Millionen Goldmark wollen die Herren der Republik jährlich bezahlen — wenn diese Republik auf alles verzichtet, was sie seit dem 9. November 1918 dem Kapitalismus und seinem schrankenlosen Egoismus abgetrotzt hat.

Die sozialdemokratische Forderung der Erfassung der Sachwerte, der Beteiligung des Reiches an der Industrie, Landwirtschaft usw., wäre ein Schritt vorwärts auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus. Deshalb ist die erste Vorbedingung der Industrie, daß die Erfassung der Sachwerte nichts gemeinwirtschaftliches an sich haben dürfe, sondern eine rein kapitalistische Angelegenheit bleiben müsse. Die Sachwerte sollen zwar verpfändet werden, aber als Privateigentum unangetastet blei-

ben. Nur ihr Ertrag soll dem Reiche zufließen: bis zur Höhe von 200 Millionen, und nur auf 30 Jahre.

Mit anderen Worten: Man feilscht und feilscht: und im Endresultat will man dem Staat nicht einmal das geben, worum er durch die Geldentwertung der Steuerzahlung betrogen wird. Denn Staat ist man ja selbst!

Und an diese patriotische Heldentat knüpft man dann noch die schon genannten Voraussetzungen, die so aussehen:

1. Der Staat hält sich von jeder Gütererzeugung und Verteilung fern.
2. Jede Art von Planwirtschaft wird beseitigt.
3. Die Außenhandelskontrolle wird beseitigt.
4. Aufhebung aller Demobilmachungsvorschriften.
5. Beseitigung der „kleinen" Schlichtungsinstanzen.
6. Umwandlung des Achtstundentages in eine Tarifangelegenheit.
7. Entlastung von unproduktiven Löhnen.
8. Umgestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe.

Was soll man zu diesen Forderungen sagen? Entweder sie sind ernst gemeint, dann bedeuten sie eine unverschämte Provokation des Proletariats. Oder das ganze Angebot ist nur eine Farce, um über die unglaubliche Steuerunmoral des Besitzes hinwegzutäuschen. Ziemlich sicher kann man das letztere annehmen; denn die Industrie verlangt ein offenes Bekenntnis von „Regierung und Volk" zu seinen Forderungen. Und daß das Volk diesem Judashandel zustimmen wird, haben doch die Herren um Stinnes nie geglaubt.

Merkwürdig stellt sich die bürgerliche Presse zu diesem lächerlichen Angebot. Sie möchten es ja gern verteidigen — aber wie.

Da verfallen die „Lüb. Neuest. Nachr." auf einen geradezu glänzenden Ausweg. Sie behaupten nämlich, daß man in England und Amerika selbst die führenden Männer unserer Großindustrie, wie Stinnes, Krupp, Hugenberg usw. für halbe Bolschewisten halte. Deshalb mußte die Industrie solche Forderungen stellen, daß auch nicht die Spur von Sozialismus bei ihr entdeckt werden könnte. Wer hört da nicht in der Ferne das eintönig gequälte Gegacker eines Huhnes, das ein Ei zur Welt bringen möchte, dessen Eierstock aber längst vertrocknet und verdorrt ist. Jedenfalls wird uns das Blatt der lübischen Intelligenz gestatten müssen, daß wir ein bißchen lachen. Besonders über die harmlosen Spießbürger, die so etwas tatsächlich glauben werden. Denn solche gibts!

Was das gleiche Blatt über Löhne und Gehälter schreibt, gehört wohl zum Unverschämtesten, was Unternehmerarroganz sich je geleistet hat. Daß die Löhne das Goldniveau nicht erreichen, das sei zwar richtig, so meint das Blatt, aber die Leistungen seien so stark zurückgegangen, daß der Arbeitslohn, der an jedem Produkte hängt, die Goldbasis wieder erreicht hat.

Der dies schrieb, hat nie eine Statistik über die Veränderung des Arbeitslohnanteils am Gesamtprodukt seit dem Kriege gesehen. Und er hat auch nie darüber nachgedacht, weshalb eine kleine Schicht Deutscher immer reicher, und die große Masse des Volkes immer elender wird. Aber trotzdem schreibt er; denn er schreibt ja für Stinnes. Und der brave Bürgersmann glaubt's; und leider so mancher Beamte und Angestellte, dem die gleiche Peitsche gilt, auch.

Aber selbst das ist noch nicht die Höhe bürgerlicher Verdrehungskunst. Vor zwei Tagen schrieben die Lüb. Neust. Nachrichten über die Ursache der Markkatastrophe: „In den Kreisen, die ausländische Zahlungsmittel hamstern, gehört heute nicht nur die berufsmäßige Spekulation und ein Teil des kapitalkräftigen Publikums, sondern auch ein großer Teil von Arbeitern und Angestellten.

Wir wissen nicht, wie viele Dollars die Redakteure und Arbeiter der „Lüb. Neust. Nachr." gehamstert haben. Aber eins wissen wir: Die Arbeiter, die wir kennen, sind nicht einmal in der Lage, sich die allernotwendigste Wäsche und Kleidung „zu hamstern". Geschweige denn Dollarnoten.

Aber es steht in der Zeitung! Und dann muß es wahr sein. Und was ein richtiger braver Lübecker ist, der glaubt's; und der erzählt es zu Hause seinen Kindern und am Stammtisch seinen Spießgesellen. Prosit!

Nehmt alles zusammen! Die bürgerliche Pressekampagne ist ein Stück nur im Kranze des großen Feldzuges, den die Industrie mit ihrem Angebot eingeleitet hat, um die Belastung der Sachwerte zu sabotieren. Die Industrie ist mächtig. Mächtiger als die Regierung Cuno. Aber diese Macht muß gebrochen werden, soll Deutschland in seiner heutigen Gestalt nicht untergehen.

Die ganze Frage der Rolle des Staates Stinnes im Staate Deutschland ist so wichtig, daß wir in den nächsten Tagen noch einmal ausführlich dazu Stellung nehmen werden. Besonders um Klarheit zu schaffen über die Aufgaben des Sozialismus im Kampfe gegen das Alte, im Kampfe für das Neue, Junge.

Vorläufig heißt aber unser Kampfruf: Erfassung der Sachwerte trotz allem!

Statistik der Eisenbahnunfälle im Ruhrgebiet.

TU. Trier, 4. Juni.

Die [illegible] der französisch-belgischen Regierung wird beleuchtet durch [illegible] Zusammenstellung der [illegible] Eisenbahnen [illegible] danach sind entgleist im Monat Mai 17 Kohlenzüge, 14 [illegible]onenzüge, darunter drei Schnellzüge, und ein Militärzug, sechs Leerzüge und zwei Lokomotiven. Außerdem sind 5 Lokomotiven explodiert. Der Regiebetrieb hat im Monat Mai nach den bei den deutschen Stellen vorliegenden Nachrichten im ganzen mindestens 80 Unfälle zu verzeichnen gehabt.

Der Raub.

Die Besetzung der im badischen und rheinischen Gebiet gelegenen chemischen Fabriken durch die französisch-belgische Besatzung soll den Franzosen und Belgiern weit mehr eingebracht haben, als Deutschland in den abgelaufenen vier Monaten nach dem Friedensvertrag zu liefern gehabt hat. Insgesamt werden die Ergebnisse dieser Besetzungsmaßnahmen auf 7000 Tonnen chemische Produkte im Werte von 200 Millionen Francs (100 Milliarden Papiermark nach dem Kurs vom Sonnabend abend) beziffert. Die Beschlagnahme der chemischen Produkte soll in Gegenwart englischer und italienischer Delegierter der Reparationskommission stattgefunden haben.

Die Hetze gegen Severing.

Der amtliche preußische Pressedienst schreibt:

In einem Teil der Presse werden noch nachträglich Untersuchungen darüber angestellt, ob Staatsminister Severing für das vor zwei Monaten erfolgte Verbot der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" die Billigung und das Einverständnis des preußischen Kabinetts auf seiner Seite gehabt habe, oder ob man nur seine Anordnungen, nachdem nichts mehr daran zu ändern war, „zur Kenntnis genommen" habe. Staatsminister Severing hatte seinerzeit, weil schnellstes Zugreifen geboten erschien und unmittelbare Gefahr im Verzuge war, auf eigene Verantwortung als Ressortminister die Verhaftungen und Haussuchungen vornehmen lassen, die wiederum ihrerseits mit zwingender Notwendigkeit zur sofortigen Auflösung der nicht als politische Partei, sondern als Geheimorganisation mit militärischem Einschlag zu betrachtenden „Deutschvölkischen Freiheitspartei" führten. In der nächsten Kabinettssitzung unterbreitete er dem vollzählig versammelten Staatsministerium das Material, das ihm zur Grundlage seiner Aktion gedient hatte. Das Ministerium verschloß sich der Stichhaltigkeit des vorgetragenen Materials nicht und gelangte mit dem Minister des Innern, wie damals der amtliche preußische Pressedienst feststellte, „angesichts des vorliegenden Materials und des Ernstes der innen- und außenpolitischen Situation" zu der Auffassung, daß sein Vorgehen richtig und notwendig gewesen sei. Wenn daher der amtliche preußische Pressedienst diese einmütige Stellungnahme des Ministeriums als eine völlige Billigung der Politik des Innenministers bezeichnet hat, so darf diese Charakterisierung auch heute noch in vollem Umfange aufrechterhalten werden.

Das Reichskabinett hinter Severing.

Die Telunion schreibt: Entgegen anders lautenden Blättermeldungen wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß das Vorgehen des Ministers Severing gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei die völlige Billigung des Reichskabinetts gefunden hat.

Regierungskrise in Württemberg.

SPD. Stuttgart, 2. Juni. (Eig. Drahtb.)

Der württembergische Staatspräsident und gleichzeitige Kultusminister Hieber hat am Samstag den bisherigen Justizminister Bolz zum Minister des Innern und den Kanzleidirektor Beyerle, den Führer der württembergischen Zentrumspartei, zum Justizminister ernannt. Anläßlich dieses Schrittes, der gegen den Willen der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion erfolgte, hat unsere Fraktion beschlossen, aus der Regierung auszutreten, da ihr nicht derjenige Einfluß eingeräumt werden sollte, der ihr auf Grund der Fraktionsstärke zukommt.

Zwischen den württembergischen Regierungsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, schwebten seit dem Tode des Innenministers Graf Besprechungen über die Neubesetzung des verwaisten Ministeriums. Diese Besprechungen führten bisher zu keinem Ergebnis, weshalb der württembergische Staatspräsident über den Kopf der sozialdemokratischen Partei hinaus die Ernennung des Justizministers Bolz zum Innenminister vornahm. Die Schuld für den ergebnislosen Verlauf der Beratungen trifft ausschließlich die bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratische Fraktion ist durch 27 Mitglieder im Parlament vertreten, während das Zentrum nur 23 und die Demokraten noch weniger, nur 17 Abgeordnete, hat. Beide bürgerlichen Parteien besitzen trotz ihrer geringeren Abgeordnetenzahl zusammen vier Ministerposten und den des Staatspräsidenten, während der Sozialdemokratie nur das Arbeitsministerium unterstand. In den Verhandlungen haben sowohl das Zentrum wie die Demokraten die Forderung unserer Fraktion als berechtigt anerkannt, sich aber dennoch geweigert, ihr in der Praxis Rechnung zu tragen.

Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung ist gleichbedeutend mit der Entziehung der Unterstützung des jetzigen Kabinetts durch die Sozialdemokratische Fraktion. Auch durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei, die in Württemberg nur vier Abgeordnete zählt, ist eine parlamentarische Mehrheit nicht zu erreichen. Wollen Zentrum und Demokraten mit einer parlamentarischen Mehrheit regieren, dann müssen sie sich entweder der Hilfe der Deutschnationalen bedienen, oder aber den Wünschen der Sozialdemokratie Rechnung tragen und ihr entsprechend der Fraktionsstärke die berechtigten Zugeständnisse machen.

Warum die Sommerzeit nicht eingeführt wird.

TU. Berlin, 1. Juni.

Aus Regierungskreisen wird uns mitgeteilt: Die Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit wurde auch in diesem Jahre innerhalb der Reichsregierung und mit den Interessentenkreisen eingehend erörtert. In den Städten, besonders in Kreisen der Gehalts- und Lohnempfänger, bestand große Neigung für die Sommerzeit, von der man sich einen früheren Schluß der Arbeitsstunden und eine Verlängerung der Erholungszeit erhoffte. Dagegen sprach sich die Landwirtschaft wieder mit Nachdruck gegen die Einführung aus. Die Notwendigkeit, die Städte um eine volle Stunde früher zu beliefern, würde den Landmann zwingen, seine ohnehin schon zeitig einsetzende Morgenzeit um eine Stunde früher, teilweise noch bei Dunkelheit zu beginnen, so daß Erleichterungen am Feierabend am Abend wieder aufgehoben würden durch den Verlust am Morgen. Auch würden die Landarbeiter eine Verschiebung der Arbeitszeit nur widerwillig aufnehmen, worunter die Produktivität der Arbeit leiden würde. Auch die Bergarbeiter im Ruhrrevier erhoben Einwendungen, weil dann zur Morgenschicht noch in der Nacht von Hause aufgebrochen werden müßte. Während man in Norddeutschland mehr der Sommerzeit zuneigt, stößt sie in Süddeutschland auf starken Widerstand. Im übrigen erklärte der Reichskohlenkommissar, daß bei der Sommerzeit keine nennenswerte Kohlenersparnis erzielt würde.

Der Zuckerpreis.

Bei der Beratung des Ernährungsetats hat der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokratie beschlossen, „die Reichsregierung zu ersuchen, der Preiserhöhung für Zucker die Zustimmung zu versagen, oder, falls sie schon gegeben sein sollte, in neue Verhandlungen einzutreten, um die Zustimmung zurückzuziehen." Die Mehrheit des Reichstages, unter der sich auch der größte Teil der Zentrumsfraktion befand, ging bei der Zustimmung zu diesem Antrage von der Anschauung aus, daß der Zuckerpreis mit Rücksicht auf die Ernährung nicht ins Unabsehbare Freie gesteigert werden dürfe. Trotz dieses Beschlusses des Reichstages ist inzwischen in der Sitzung des Beirats der Zuckerwirtschaftsstelle eine erhebliche Steigerung der Zuckerpreise beschlossen worden. Der Preis, der bisher 81 000 Mark betragen hat, wurde auf 100 000 Mark erhöht, obwohl selbst einige Vertreter von Länderregierungen (Sachsen und Thüringen) der Erhöhung widersprachen und auch dagegen stimmten. Durch diesen Beschluß hat das Reichsernährungsministerium sich ohne weiteres über den Beschluß des Reichstages hinweggesetzt. Wegen dieser Handlungsweise wird man das Ernährungsministerium zur Rechenschaft ziehen müssen.

Bayrische Französlinge.

Zum Hochverratsprozeß Fuchs, Machhaus u. Gen. am 4. Juni.

(Von unserem Münchener Korrespondenten.)

Gerade vor elf Monaten, in der ersten Juliwoche 1922, saß auf der Anklagebank des Volksgerichts München ein wappengezierter junger Mann, der des Verrats am Vaterlande beschuldigt war: Leoprechting. Man erinnert sich, daß dieser Prozeß eine Verschwörung gegen den Bestand des Deutschen Reiches aufdeckte, die angezettelt und finanziert war vom offiziellen Vertreter Frankreichs beim Freistaat Bayern. Die Ergebnisse des Prozesses, die dem Gesandten Dard eine schwere Bloßstellung brachten, wiesen den Pariser Imperialisten bei der Verfolgung ihrer Pläne neue Wege. Wohlvertraut mit den Machenschaften bayrischer Partikularisten und Separatisten beauftragten sie den Monsieur Richert, einen schon mehrfach mit politischen Aufgaben betrauten höheren Militär, anstelle Dards die Fäden in Bayern in die Hand zu nehmen. Richert war nicht etwa ein Neuling auf bayrischem Boden; denn es ist nachgewiesen, daß er bereits im Dezember 1921 mit hochgestellten Personen in München Konferenzen hielt und der Inspirator jener Kreise war, deren politische Auffassung schon im November 1921 vom Vorsitzenden des Bayr. Ordnungsblocks, dem sattsam bekannten D. Tafel, folgendermaßen gekennzeichnet wurde:

> „Die Berliner Regierung erweist sich als unfähig, der vielen Nöte, in denen das Deutsche Reich sich befindet, Herr zu werden. Der Reichswagen rollt unaufhaltsam dem Abgrund zu und muß früher oder später zerschellen. Darum ist es klüger und ein Gebot der Selbsterhaltung, das gefährdete Fahrzeug zu verlassen, solange es noch Zeit ist. Bayern muß sich von Berlin unabhängig machen. Bayern ist aber kein selbstständiges Wirtschaftsgebiet, es kann sich nicht selbst ernähren, und vor allem reicht seine eigene Kohlenförderung bei weitem nicht aus, den Bedarf von Gewerbe und Verkehr zu decken. Folglich muß es sich an eine Großmacht anschließen, die ihm die Lieferung der fehlenden Existenzmittel gewährleistet. Diese Großmacht kann nur Frankreich sein."

Durch die Leoprechting-Aufdeckung erlitt die Aktivität all dieser Bestrebungen einen leichten Rückschlag. Richert betätigte sich als Kohlenkommissar im Saargebiet. Erst mit der Ruhrbesetzung machte man auch einen neuen Vorstoß in Bayern. Seine wohlgepflegten Verbindungen in Bayern führten Richert alsbald nach München, wo er im Mittelpunkt eines sogenannten bayrisch-vaterländischen Konventikels eine schnelle Reife der französischen Annexionspläne betrieb. Seine Münchener Vertrauten waren: Prof. Fuchs, Kapellmeister Machhaus, Kohlenhändler Munk, Kaufmann Berger (diese beiden Deutschböhmen), Landwirt Gutermann, Regierungsbaumeister Schäfer. Bei einer der ersten geheimen Zusammenkünfte führte Richert u. a. aus:

> „Es beginnt jetzt eine neue Aera in der europäischen Politik. Die Ruhrgebietsoperation ist keine Fortsetzung der Reparationspolitik, sondern leitet eine neue europäische Politik ein. Unter der Vormachtstellung Frankreichs wird ein europäischer Völkerbund geschaffen, der Frankreich, Italien, die kleine Entente, Bayern und einzelne Teile von Deutschösterreich umfaßt. Frankreich hat jetzt zweifellos für die nächsten fünfzig Jahre die erste und stärkste Rolle in Europa. Dagegen kann sich Bayern Frankreichs Dankbarkeit erwerben, wenn zur Unterstützung der französischen Ruhroperation jetzt eine Aktion in München geschieht. Zu diesem Zweck ist ein Staatsstreich in Bayern herbeizuführen, vor allem, um die deutsche Abwehrfront an der Ruhr zu verwirren und zu zerbrechen. Meine Herren, wenn Sie nicht in diesen Tagen handeln, hat eine bayrische Aktion für Frankreich kein Interesse mehr."

Um die Person Richerts und wohl auch mehr oder weniger um seine Aufgabe in Bayern wußten aber noch eine Reihe anderer Persönlichkeiten, die zum Teil die Aufdeckung dieser Verschwörung, die der jetzige Prozeß klären soll, veranlaßt haben. Zu diesen gehören in erster Linie der Major a. D. K. Mayr, früher Chef des Nachrichtenbureaus beim Wehrkreiskommando in München, und der Kapitänleutnant a. D. Kautter von der Organisation C, dann der bekannte Hakenkreuzler Privatdozent Dr. Arnold Ruge, der Ordnungsblöckler Hofrat Piris, die beiden Kahrfreunde Sanitätsrat Dr. Pittinger und der ehemalige Polizeipräsident Pöhner, ferner Frhr. von Cramer-Klett und der Bezirksoberamtmann Frhr. Soden, beide aus der nächsten Umgebung des früheren Kronprinzen Rupprecht, und schließlich auch der Minister des Innern, Schweyer sowie der damalige Polizeipräsident Nortz, die über die Tage von Richerts letztem Aufenthalt in München (Ende Februar) genau informiert waren. Am 20. Februar abends fand die letzte Verschwörersitzung in Gegenwart Richerts statt, die „unter vorheriger Benachrichtigung und Billigung ihres vaterländischen Zweckes durch die zuständigen höchsten Amtsstellen" abgehalten wurde. Eine Verhaftung des Richert, die, wie es heißt, „aus innenpolitischen Gründen" hinausgeschoben wurde, scheiterte an der rechtzeitig gelungenen Flucht des Franzosen.

Das ist die Materie des Hochverratsprozesses, der am 4. Juni vor dem Volksgericht in München beginnt, und das sind die Personen, die nach einstweiliger Kenntnis entweder zu den Verschwörern zählen, oder doch von den Umtrieben des Richert Fuchs, Machhaus und Gen. gewußt haben. Sie und zweifellos noch manch andere hochgestellte Persönlichkeit wird man also entweder als Angeklagte oder als Zeugen dieser Tage vor den Schranken des Gerichts sehen, wenn eine restlose Aufdeckung aller offenbar seit Jahren gepflegten politischen Beziehungen des Richert zu bayrischen Kreisen erfolgen soll.

Baldwin reist nicht nach Paris.

TU. Paris, den 4. Juni.

Die Meldung, wonach der englische Ministerpräsident Baldwin die Absicht hätte, nach Paris zu kommen, und die Reise nur an die Bedingung knüpfe, daß seine Verhandlungen Aussicht auf eine Verständigung bieten müßten, wird von London aus dementiert. Es sei vorläufig nicht mit einer Reise Baldwins nach Paris zu rechnen.

Die Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden haben in den letzten Tagen Beratungen über einen Gegenvorschlag über die Neuregelung der Grundgehälter gepflogen, der der Reichsregierung übergeben werden soll. Die Vorlage ist nunmehr fertiggestellt und den gesetzgebenden Körperschaften zugegangen. Sie bezweckt in der Hauptsache eine bessere Berücksichtigung der mittleren und unteren Gehaltsgruppen. Während die Regierungsvorlage z. B. in Gruppe III eine 18fache Erhöhung der Grundgehälter vorsieht, fordern die Beamtenorganisationen eine 20fache Erhöhung, um sich nach den oberen Gruppen hin mit dem Vorschlag der Regierung zu treffen.

Am Montag nachmittag beginnen im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Anpassung der Gehälter und Löhne an die neue Teuerung. Die Forderungen der Gewerkschaften werden am Vormittag in einer gemeinsamen Besprechung formuliert werden. Am Sonnabend fand im Finanzministerium bereits eine Konferenz mit den Vertretern der Länder über die neue Teuerungsaktion statt.

Volkspartei und Demokraten.

Die gespannte außenpolitische Situation und die schwere wirtschaftliche Bedrängnis im Innern lassen wenig Zeit zur Beschäftigung mit den organischen Entwicklungserscheinungen in den einzelnen politischen Parteien Deutschlands. Allenfalls bringen es die Parteien oder Gruppen, die am meisten Lärm machen, dazu, daß man sich für ihre innere Entwicklung interessiert, wie z. B. die Deutschvölkischen und die Kommunisten. Insbesondere in der Arbeiterpresse sieht es mitunter so aus, als ob es in Deutschland nur noch Sozialdemokraten und Kommunisten gäbe, und man scheint bisweilen zu vergessen, daß noch immer die Mehrheit des deutschen Volkes zu den bürgerlichen Parteien steht und daß die Sozialdemokratie gegen rechts ihre Werbekraft entfalten muß, wenn sie ihren Einfluß mehren und schließlich die ganze politische Macht erobern will.

Nun werden in unserer Nachbarpartei zur Rechten seit längerer Zeit lebhafte Diskussionen darüber geführt, ob man sich mit der Deutschen Volkspartei verschmelzen soll oder nicht. Wenn auch die meisten Stimmen, die in der demokratischen Presse hörbar werden, sich zunächst gegen eine Verschmelzung aussprechen, so zeigt schon der Umstand allein, daß eine solche Diskussion möglich geworden ist, den Wandel der Zeit. Denn die Deutsche Demokratische Partei wurde im Winter 1918 in bewußtem Gegensatz zum Rechtsliberalismus gegründet, der in der Nationalliberalen Partei und auch in großen Teilen der Fortschrittspartei sein Wesen oder Unwesen trieb. Damals wurde der Versuch einer „reinlichen Scheidung" unternommen; unbarmherzig sollten zur Volkspartei, der Nachfolgerin des Nationalliberalismus, alle Elemente abgestoßen werden, die nicht demokratisch unbedingt zuverlässig waren. Man hoffte eine bürgerlich-republikanische Partei schaffen zu können, etwa von der Art, wie sie die radikalsozialistische Partei Frankreichs in ihrer besten Zeit, unter Caillaux' Führung dargestellt hatte, eine Partei, die energisch für den Ausbau demokratischer Errungenschaften eintrat und dabei auch vor den sozialen Notwendigkeiten keineswegs die Augen verschloß.

Dieser Traum ist heute ausgeträumt, und ernüchtert sehen die Gründer der Deutschen Demokratischen Partei in eine graue Wirklichkeit. Alles, was zur Verwirklichung ihrer Idee notwendig gewesen wäre, ist ausgeblieben: Massen, Führer und — Geld!

Jene Massen der Bevölkerung, die als Kaders einer republikanisch zuverlässigen Partei in Betracht kommen, waren längst in der Sozialdemokratie zusammengefaßt. Diese hatten ihre Werbung nicht mehr auf die Industriearbeiterschaft beschränkt, sondern sie auch auf die organisierbaren Schichten der Angestellten und Beamten, auf die gesamte Arbeitnehmerschaft, ausgedehnt. Die fortgeschrittensten, geistig regsamsten Elemente dieser Schichten blieben für eine neue Parteigründung nicht mehr zur Verfügung. Der ländliche Grundbesitz ist durch die Zollpolitik und Arbeiterfragen auf konservative Gedankengänge festgelegt. Nicht minder steht das industrielle Unternehmertum in dauerndem Gegensatz zu seinen Arbeitnehmern, es ist darüber hinaus politisch wenig interessiert, jeder Art von Idealismus unzugänglich und sozialpolitischem Fortschritt, der lediglich als Geschäftsstörung empfunden wird, abhold. Was blieb übrig? Gewisse Industrie-, Bank- und Handelskreise, die schon früher den Grundstock der Freisinnigen Vereinigung gebildet hatten, und allerlei von der Sozialdemokratie noch nicht erfaßte Restbestände der Arbeitnehmerschaft. Hier aber stießen die Demokraten auf die stärkste Konkurrenz weiter rechts stehender bürgerlicher Parteien, denn es liegt in der Natur der Sache, daß die nicht zur Sozialdemokratie gehörigen Kreise eher nach dem entgegengesetzten Extrem neigen, als daß sie sich einer Partei der Mitte und der Vermittlung anschließen. — So war also nichts da, woraus ein großes Ganzes hätte werden können.

Vielleicht hätte sich der Mangel an Quantität bis zu einem gewissen Grade durch Qualität ausgleichen lassen. Aber die Demokratische Partei hat auch nicht das Glück gehabt, Führerpersönlichkeiten von außerordentlichem Maß hervorzubringen. Rathenau, die stärkste Persönlichkeit der Partei, war ein Außenseiter, ein glänzendes Anhängsel, kein Repräsentant, der die Partei als solche in sich verkörperte. Uebrigens hatte er es — ebensowenig wie Preuß — zu einem Reichstagsmandat gebracht.

Arm an Massen, Führern, Ideen, blieb die Demokratische Partei auch arm an Geld. Das einzige, was bis zu einem gewissen Grade ihre Stärke ausmacht, ist ihre Presse. Aber auch sie hat durch rücksichtslosen Aufkauf empfindliche Einbußen erlitten und ist im allgemeinen zu sehr an Verlegerinteressen gebunden, als daß sie zum tragenden Gerüst eines leistungsfähigen Parteikörpers werden könnte.

Inzwischen hatte die Deutsche Volkspartei durch einen gewaltigen Aufwand von Industriegeld und nationalistischer Demagogie Erfolge erzielt, die geeignet waren, die armen Demokraten vor Neid erblassen zu lassen. Ob die Volkspartei imstande sein wird, diese Erfolge festzuhalten, ist eine andere Frage. Hat sie doch die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse gezwungen, sehr viel Wasser in ihren nationalistischen Wein zu gießen und zur Republik wie zur auswärtigen Politik eine realpolitischere Haltung einzunehmen, die den von Verantwortung unbeschwerten, rücksichtsloseren Demagogen von weiter rechts eine breite Angriffsfläche bietet.

Durch diese Umwandlung kam aber die Volkspartei den Demokraten auch wieder bedeutend näher. Die Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" gab weitere Gelegenheit, Erfahrungen darüber zu machen, wie weig im Grunde die beiden Parteien noch voneinander trennt. Weder sind die einen so „monarchistisch", noch sind die anderen so „republikanisch", wie sie sich zeitweilig eingebildet hatten. Und da die Interessentenpolitik der Besitzenden auch auf die Demokratische Partei nicht ohne Einfluß geblieben war, fand man sich nur zu oft in Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu unheilvollem Bunde zusammen.

Kein Zweifel also, daß zwischen den beiden Parteien eine starke Tendenz zur Annäherung besteht. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß es so bald zu einer Verschmelzung kommen wird, der ein Teil der Demokraten heftig widerstreitet. Noch weniger ist damit gesagt, daß aus der Verschmelzung eine große und dauerhafte Partei des bürgerlichen Liberalismus hervorgehen würde, wie ihre Befürworter sie von ihr erhoffen. Denn diese Partei würde vom Großkapital in einer Weise beherrscht sein, wie sie es aus Rücksicht auf ihre Anhänger selber nicht ertragen kann. Auf alle Fälle würde sich durch sie die Scheidung der Geister noch viel klarer vollziehen als bisher, und noch deutlicher würde es jedem einzelnen werden, daß es nur eine Partei gibt, über der die Fahne demokratischen Fortschritts und sozialer Neuordnung im Interesse der breiten Massen hoch aufgerichtet steht: die Sozialdemokratische Partei!

Strafe für einen deutschvölkischen Verleumder.

Leipzig, 31. Mai.

Im Prozeß Roth (der bekannte deutschvölkische Hetzer Alfred Roth aus Hamburg) wurde heute nachmittag vom Staatsgerichtshof nach dreistündiger Beratung folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 500 000 Mark, an deren Stelle im Falle der Nichtbeibringung 100 Tage Gefängnis treten, sowie zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Reichsregierung wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in der „Pommerschen Tagespost" - Stettin, „Ostseezeitung" - Stettin, „Volksbote" Stettin zu veröffentlichen. In der umfangreichen Begründung des Urteils wird u. a. gesagt: Das Gericht hat nicht für festgestellt erachten können, daß der Angeklagte sich einer Verhetzung der verschiedenen Klassen gegeneinander hat zuschulden kommen lassen. Dagegen hat der Gerichtshof für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte sich einer Beleidigung des verstorbenen Ministers Rathenau schuldig gemacht hat. Für die Behauptungen, Rathenau habe einer jüdischen Geheimorganisation angehört, die die Weltherrschaft an sich bringen wollte, den Krieg verursacht und das unglückliche Ende des Krieges herbeigeführt habe, konnte der Angeklagte nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Die Persönlichkeit des angegriffenen Ministers sei eine untadelige gewesen und es sei höchst beklagenswert, daß gegen einen solchen Mann, der sich in opfervoller Weise in den Dienst des Vaterlandes gestellt hatte, im deutschen Staat gehetzt würde, und noch beklagenswerter sei es, daß dadurch der Boden zu einer ruchlosen Tat vorbereitet wurde, welcher dieser ausgezeichnete Mann zum Opfer fiel. Da die Tat lange vor dem Erlaß des Gesetzes zum Schutze der Republik begangen wurde, kommen nur die §§ 185, 186 des Strafgesetzbuches in Anwendung. Bei Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik hätte unbedingt auf eine Gefängnisstrafe erkannt werden müssen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		2. Juni.
Amsterdam	1 fl.	30623,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	4364,—
Kristiania	1 Kr.	13241,50
Kopenhagen	1 Kr.	14463,50
Stockholm	1 Kr.	20847,50
Helsingfors	1 finn. Mk.	2184,50
Rom	1 Lire	3665,50
London	1 £	561095,—
Neuyork	1 Dollar	78054,—
Paris	1 Frs.	5687,—
Zürich	1 Frs.	14114,50
Madrid	1 Pesetas	11970,—
Wien	100 Kr.	111,72
Prag	1 Kr.	2354,—
Budapest	1 Kr.	14,71

Vermischte Nachrichten.

Eisenbahnunglück auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Sonnabend früh im Lehrter Fernbahnhof zu Berlin. Als ein Leerzug rückwärts aus der Bahnhofshalle hinausgedrückt wurde, überfuhr er infolge falscher Weichenstellung einen Prellblock und fuhr in das Stellwerkhaus hinein. Das Haus wurde vollständig umgeworfen und zerstört. Das Dach des Hauses stürzte auf den Wagen des Zuges. Ein Zugführer und ein Rangierarbeiter wurden sofort getötet, vier weitere Beamte wurden durch niederstürzende Mauersteine getroffen und schwer verletzt. Durch die Vernichtung des Stellwerkhauses, von dem das gesamte Blocksystem des Lehrter Bahnhofs geleitet wird, war der Zugverkehr vollständig lahmgelegt.

Zuchthausstrafe für einen Oberamtsrichter. Der Oberamtsrichter Dr. Paul Bulich in Offenberg wurde von der Strafkammer in Darmstadt wegen Rechtsbeugung zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Dr. Bulich hatte im Jahre 1920 vor einer von ihm persönlich geleiteten Schöffengerichtsverhandlung einige der Angeklagten, die wegen Nichtablieferung von Heeresgut angeklagt waren, derart belehrt und aufgeklärt, daß sie freigesprochen werden mußten. Der Prozeß hatte in der ersten Instanz vor der Strafkammer in Gießen mit der Freisprechung des Amtsrichters geendet. Das Reichsgericht aber hatte das Urteil aufgehoben und die Sache nach Darmstadt verwiesen.

Schweres Unwetter. In Pommern, besonders in Stargard, hat ein Wolkenbruch großen Schaden angerichtet. Schwere Blitzschäden werden auch aus Kolberg gemeldet. Dort wurde eine Starkstromleitung beschädigt und mehrere Masten niedergeworfen. In Deutsch-Krone wurde ein Eisenbahndamm unterwaschen, infolgedessen entgleiste ein Kleinbahnzug. Der Lokomotivführer und ein Reisender wurden verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Unruhen in einer Strafanstalt. Aus Halle wird berichtet: In der Strafanstalt Lichtenburg überfielen Gefangene einen Wachtmeister im Arbeitssaal. Sie zwangen ihn nieder und nahmen ihm die Schlüssel ab. Ein zweiter Wachtmeister, der in diesem Augenblick den Saal betrat und dem die Gefangenen gleichfalls die Schlüssel abnehmen wollten, warf diese aus dem Fenster auf den Hof. Dadurch wurde die Wache aufmerksam und der Aufruhr konnte unterdrückt werden.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in **Dr. Bahr's „Zahnpulver Nr. 23"** eintauchen, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch außerordentlich sparsam ist. — In allen Apotheken und Drogerien zu haben. (2577

Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

12. Fortsetzung.

„Dieser Husten macht mir Schmerzen im Nacken", murmelte Bill Grey mürrisch, als sein Hustenanfall aufgehört hatte und er sich unter den Decken wälzte.

Nach einer Weile sagte Fuselli ganz leise, so daß niemand außer seinem Freund es hören konnte:

„Sag' mal, Bill, ist es nicht ganz anders, als wir dachten?"

„Jaaa. Ich meine, die Leute hier denken ja gar nicht daran, den Hunnen eins aufs Dach zu geben. Die haben genug damit zu tun, sich über alles aufzuregen."

„Das sind die oben, die das Denken besorgen", sagte Grey großsprecherisch.

„Ja, aber ich dachte, es würde aufregend sein, wie im Kino."

„Ich denke, wir haben genug gesprochen."

„Mag sein."

Fuselli schlief auf dem harten Boden ein, fühlte die angenehme Wärme von Grey neben sich, hörte das endlose, monotone Plätschern des Regens auf der durchnäßten Leinwand über seinem Kopfe. Er versuchte noch einen Augenblick wach zu bleiben, um sich an Mabe zu erinnern. Doch der Schlaf schloß ihm schnell die Augen.

Das Signalhorn jagte sie von ihrem Lager hoch, noch ehe es hell war. Der Regen hatte aufgehört. Die Luft war rauh und voll weißen Nebels, der kalt an ihre noch vom Schlafen warmen Gesichter drang. Der Korporal rief sie auf und zündete Streichhölzer an, um die Liste lesen zu können. Als er die Formation entließ, hörte man die Stimme des Sergeanten aus dem Zelt, wo er noch in seine Laken eingerollt lag.

„Korporal, lassen Sie Fuselli Leutnant Stanfords Zimmer in Ordnung bringen."

„Hast du gehört, Fuselli?"

„Zu Befehl," sagte Fuselli. Sein Blut begann plötzlich zu kochen. Es war das erstemal, daß er die Arbeit eines Knechtes zu verrichten hatte. Er war nicht in die Armee eingetreten, um ein Sklave zu sein für irgendeinen verdammten Leutnant. Außerdem war es gegen die Armeeordnung. Dagegen muß man aufmucken. Man darf sich nicht zum Sklaven machen lassen.

Er ging an den Eingang des Zeltes und überlegte sich, was er dem Sergeanten wohl sagen werde.

Doch er bemerkte, daß der Korporal in sein Taschentuch hustete, mit einem Ausdruck von Schmerz im Gesicht. Er drehte sich um und ging weg.

Das wär 'ne Dummheit, so aufzumucken zu beginnen. Besser Maul halten und sich damit abfinden. Der arme Korporal wird es doch nicht lange mehr mitmachen. Dann bin ich dran. Nee, man darf keine Dummheiten machen.

Um acht klopfte Fuselli mit einem Besen in der Hand an die angestrichene Brettertür. Er fühlte eine tolle Wut in sich wuchten und herumflattern.

„Wer ist da?"

„Habe das Zimmer zu reinigen, Sir," sagte Fuselli.

„Kommen Sie in ungefähr zwanzig Minuten zurück," sagte die Stimme des Leutnants.

„Zu Befehl!"

Fuselli lehnte sich gegen die Rückwand der Baracke und rauchte eine Zigarette. Die Luft biß die Haut seiner Hände so, als ob sie von einem Reibeisen aufgekratzt worden wären. Zwanzig Minuten vergingen langsam. Verzweiflung erfaßte ihn. Er war so weit von all denjenigen entfernt, die ihn gern mochten, so verloren in dieser ungeheuren Maschine. Er sagte sich selbst, daß er nie vorwärts kommen werde. Daß er nie dorthin gelangen werde, wo er zeigen könnte, wozu er gut sei. Er fühlte sich, als ob er in einer Tretmühle stände. Tag für Tag, jeder würde so sein wie dieser, derselbe Dienst, dieselbe Hilflosigkeit. Er sah auf seine Uhr: fünfundzwanzig Minuten waren um. Er nahm seinen Besen und ging zum Zimmer des Leutnants.

„Komm herein," sagte der Leutnant in nachlässigem Tone. Er war in Hemdsärmeln und rasierte sich gerade. Ein angenehmer Geruch von Rasierseife erfüllte das dunkle Bretterzimmer, das keine Möbel außer drei Lagerbettstellen und einigen Offizierskoffern enthielt. Es war ein junger Mann mit rötlichem Gesicht, weichen Backen und dunklen, geraden Augenbrauen. Er hatte das Kommando der Kompagnie vor ein oder zwei Tagen übernommen. „Sieht wie ein anständiger Kerl aus," dachte Fuselli.

„Wie heißt du?" fragte der Leutnant.

Er sprach in den kleinen Metallspiegel hinein, während er das Sicherheitsrasiermesser schräg über seinen Hals laufen ließ. Er kollerte ein wenig. Fuselli schien es, als spreche er wie ein Engländer.

„Fuselli."

„Von italienischen Eltern?"

„Jaaa," sagte Fuselli düster und schleppte eine der Bettstellen in die Mitte des Raumes.

„Parla Italiano?"

„Sie meinen, ob ich italienisch spreche? Nee," sagte Fuselli mit Empfase. „Ich bin in Frisco geboren."

„So? Hol mir doch noch mehr Wasser, ja?"

Als Fuselli zurückkam, stand er mit seinem Besen zwischen den Knien, blies in seine Hände, die blau und steif waren vom Tragen des schweren Eimers. Der Leutnant war angezogen und schloß gerade den obersten Haken seines Uniformkragens mit großer Sorgfalt. Der Kragen verursachte eine rote Stelle auf seinem Hals.

„Wenn du hier fertig bist, mach', daß du zu deiner Kompagnie zurückkommst."

Der Leutnant ging hinaus, zog sich mit zufriedener und wichtiger Geste ein paar kalbfarbene Handschuhe an.

Fuselli ging langsam zu den Zelten zurück, wo die Kompagnie einquartiert war, sah sich auf dem Wege die langen Reihen von Baracken an, die dürr und naß im Nebel erschienen, bemerkte die großen Zimmerunterkünfte der Küchen, wo die Köche und die zum Küchendienst Abkommandierten in fettigen blauen Kitteln herumschoben in dem Dampf kochenden Essens.

Die Geste, mit der der Leutnant seine Handschuhe angezogen hatte, kam Fuselli plötzlich zum Bewußtsein. In den Kinos hatte er Leute gesehen, die solche Gesten sich erlaubten, dicke, würdige Leute in Abendkleidung. Der Präsident der Gesellschaft, welcher die optischen Geschäfte besaß, wo er gearbeitet hatte, zu Hause in Frisco, hatte auch so eine Geste an sich gehabt.

Und er stellte sich selbst vor: auch ein solches Paar Handschuhe in dieser Weise, wichtig, Finger nach Finger anziehend, mit einer kleinen Bewegung der Selbstzufriedenheit. . . . Man muß unbedingt Korporal werden!"

Und Frankreich ist ein schönes Land.

Wir marschieren, marschieren, das Gewehr in der Hand."

Die Kompagnie sang fröhlich und patschte durch den Schlamm einen langen, grauen Weg hinunter zwischen hohen Bretterzäunen, die mit ungeheuren Knoten von Telegraphendraht bedeckt waren, hinter ihnen erschienen Geschäftshäuser und Schornsteine von Gewehrfabriken.

Der Leutnant und der Sergeant gingen zusammen plaudernd und sangen von Zeit zu Zeit ein paar Töne des Gesanges mit. Der Korporal sang, die Augen vor Vergnügen funkelnd. Sogar der verschlossene Sergeant, der nur ganz selten zu irgend jemand sprach, sang mit. Die Kompagnie marschierte vorwärts, die sechsundneunzig Beine stampften lustig durch die tiefen, schmutzigen Pfützen. Das Gepäck schaukelte vergnügt von einer Seite auf die andere, als ob es selbst, nicht die Beine, liefe.

„Und Frankreich ist ein schönes Land.

Wir marschieren, marschieren, das Gewehr in der Hand."

Nun endlich waren sie dabei, irgendwohin zu gehen. Sie hatten sich von dem Kontingent getrennt, mit dem sie gekommen waren. Sie waren jetzt ganz allein. Jetzt würde es heißen: arbeiten! Der Leutnant marschierte mit wichtiger Miene weiter, die Sergeanten taten dasselbe, der Korporal ebenfalls. Der rechte Flügelmann fühlte sich noch wichtiger, als irgend einer der anderen. Ein Gefühl der Wichtigkeit, ein Gefühl von etwas Ungeheurem, das getan werden müsse, berauschte die Kompagnie, ließ das Gepäck und die Gürtel leichter erscheinen, löste die Steifheit ihrer Nacken und Schultern, die mit der Last des Gepäcks kämpften, und so marschierten die sechsundneunzig Beine fröhlich durch Schmutz und Schlamm.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Nachtrag

zur Bekanntmachung zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920 (RGBl. 1920 S. 1107).

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 12. Juli 1920 zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. Mai 1920 wird für den Bereich der Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg mit Ermächtigung eines Hohen Senats von Hamburg als dienstaufsichtsführender Landesregierung und im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Landesregierungen folgendes bestimmt:

Der § 1 dieser Bekanntmachung erhält mit Wirkung vom 1. Mai 1923 ab folgende Fassung:

§ 1.

a) Die Beiträge betragen für

Steinkohlen Steinkohlenbriketts Koks	Mk. 150.— für die Tonne
Braunkohlenbriketts böhm. Braunkohlen	„ 100.— „ „ „
Schlammkohlen Steinkohlengrus Koksgrus Rohbraunkohlen	„ 50.— „ „ „

b) Großverbraucher erhalten auf diese Beiträge einen Nachlaß in der Weise, daß Beträge zwischen Mk. 60 000 und Mk. 75 000.— nur mit Mk. 60 000 in Anrechnung gebracht werden, während bei allen Beträgen über Mk. 75 000 ein Nachlaß von 20% abgezogen wird.

(2573) **Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg Platz.**

Hamburg, den 25. Mai 1923.

Nichtamtlicher Teil

S. P. D.

Folgende Mitglieder sind im Monat Mai verstorben

Gust. Meyer
Franz Holst
Marie Tewes

Ehre ihrem Andenken!

(2580) **Der Vorstand.**

Gr. zerlegbar. zweitür. Kleiderschrank zu verk. (2591) Drapenstr. 162.

Zu verk. 1 schw. Damen Mantel (2584 Sägengestr. 20a, II.

Wer hat die Güte u. leiht einer jung. Frau a. dem Ruhrgebiet einen Kinderwagen bis Monat August geg. monatl. Vergütung. Angebote z. richt. u. A 914 a. Exp. d. Blatt.

Zickelfelle, Schweinshaare
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Dankwartsgrube 26. (2578) Hüxstr. 8.

1 Bettigrohr-Sitz- u. Liegewag., 1 Kinderbettstelle z. verkf. (2579 Beckergrube 57, II.

Grammoph. m. Pl. z. verk. od. g. D.-Fahrr. z. t., w. a. o. Ber. (2588 Gr. Vogelsang 6, I.

Dringende Bitte!

Nach einer Versammlung am Sonntag vormittag ist im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses ein von einem Lehrling geschriebenes „Lehrbuch für Buchdrucker" liegen geblieben und abhanden gekommen. Der Finder wird gebeten, dasselbe im „Gewerkschaftshaus" abzugeben. (2592

Kohlpflanzen
in allen Sorten, Sellerie, Porree u. a. m. empfiehlt
W. Grimm,
Schwartauer Allee 145 u. Roeckstr. 14 a.

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
Breite Str. 31. Fernsp. 3653
(2577)

Anzeigen,

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten" veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Eimerbier
jeden Dienstag von 3—6 Uhr.
(2583) **H. Bade.**

Eimerbier.
Dienstag 4—6 Uhr nachm.
2582) **Brauerei Stamer.**

Gelegenheitskäufe in Uhren
Trauringe
zu billigst. Preisen
M. Ehrichsen,
Uhrmacher (2457
Schwönekenquerstraße 6
zwischen Engels- u. Fischergr.

Der Weiße Jubel
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Wett-Annahme
habe ich nicht,
aber dauernd gute Absatzquellen für Privat- und Geschäftsleute für:
Hausstandslumpen, Knochen, Alt-Eisen, alte Metalle, Knüll- und Schwer-Papier, Stutz-, Schweif-, Pferdehaare, Mähnen-, Ochsen-, Kroll- und Schweinshaare, Kalb-, Ziegen-, Schaffelle, sowie sämtliche anderen Sorten Felle, alte und zerrissene Säcke.
??? Wo ???
R. Lissauers Produkten-Börse
5 Hartengrube **5**
Lübeck. Tel. 3601. (2590

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Die freien Gewerkschaften,
die freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände,
die Gewerkschaften der Beamten,
vereinigt
im ADGB., in der Afa,
im Allgem. Deutschen Beamtenbund,
haben zusammen ca.

28 500 Mitglieder.

Das offizielle Publikationsorgan obiger Organisationen ist der

„Lübecker Volksbote"

Wer deshalb im „Lübecker Volksboten"

inseriert,

erzielt

durchschlagenden Erfolg.

1375

Verein d. Ost- u. Westpreußen, Lübeck
Außerordentl. General-Versammlung am 6. Juni, abds. 8 Uhr im Turnerheim.
Besprechung der Sterbekasse.
2589) **Der Vorstand.**

Volksbühne zu Lübeck e. V.
(2581
Mittwoch, den 6. Juni abends 8 Uhr in der Aula des Johanneums
Haupt-Versammlung

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte.

Hansa-Theater.
Heute Montag sowie Dienstag und Mittwoch 8 Uhr
Gastsp. d. weltberühmt. Passionsfestspiele
mit oberammergauer Urtext.
Außerdem Mittwoch nachmittags 3 Uhr: Schülervorstellung z. ermäßigten Preisen (3000—1000 Mk.)
Donnerstag: Auftreten von **Emil v. Dollen** als **„Kean"** in dem gleichnamigen Lustspiel von Ludwig Barnay. (2585

Lebensmittel.

Dampfbäckerei „Hansa"
Lübeck
A. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall.

Reserviert
Jul. Böttcher
Nährmittelfabrik.

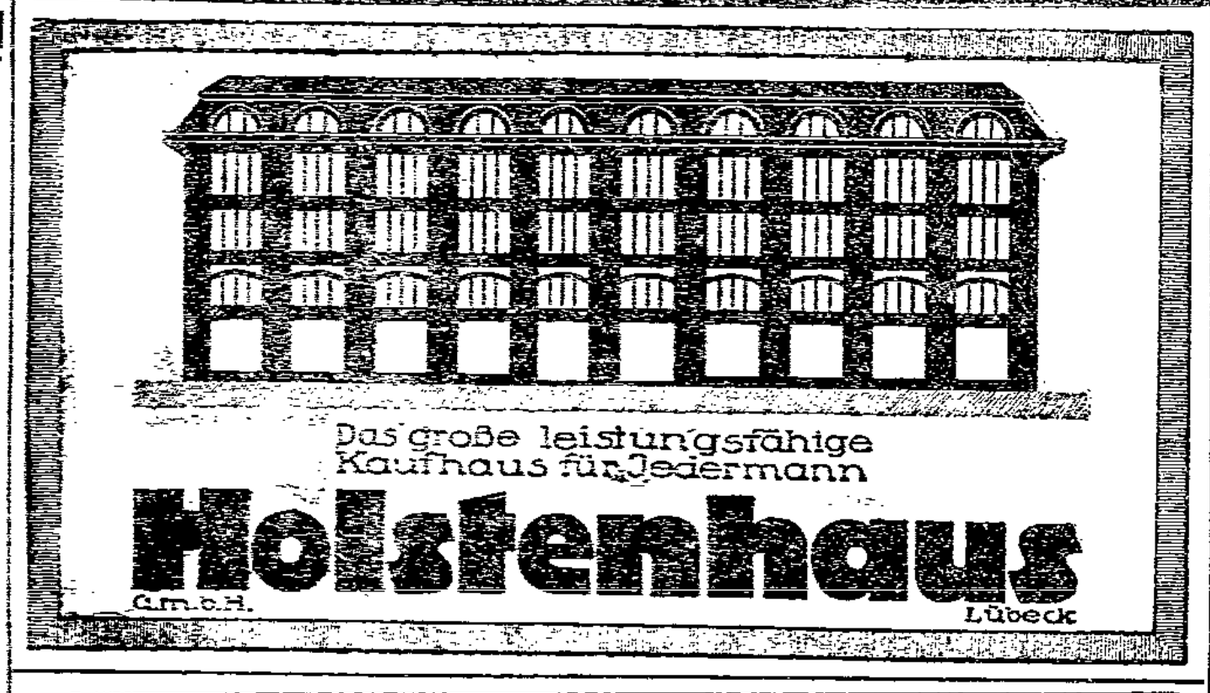
Hansa-Meierei
Fackenb. Allee 59a/b. Fernr. 281, 557

Reserviert für
Paul Erasmi & Co.
Konservenfabrik.

Reserviert für
Willi Franz Niehls
Lebensmittel-Großhandlung

Grützmühle Carl Moll
Tel. 824 u. 350 **LÜBECK** Alsheide 12/14
Futter für Hühner = Grützabfälle für junge Schweine = Garantiert reines Schrot zum Mästen
Umtausch von Getreide in Grütze, Flocken usw.

J. HÖPPNER
Groß-Destillation
Weinhandlung * Likörfabrik
Lübeck, Beckergrube 66
Fernsprecher 2947.



Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan. Musterschutz

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 555, 740 *), 747, 943 D, 1103, 136, 344, 417, 719 *), 722, 820 D, 930 S, 935.
Travemünde-Niendorf: 527, 800, 900 S *), 947, 207, 418 *), 658, 925 **).
Büchen: 500, 800, 130, 600. — **Seebergen:** 130 Werkt., 210 Sonnt., 730.
Eutin: 715, 200, 648.
Kleinen: 715, 926 D, 942 D, 1202, 524, 925.

* nur im Juli und August.
** nur jeden Sonntag im Juli und August täglich

(Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

Lübecks größtes Spezialgeschäft
zeigt der Bevölkerung die Einkaufsquelle für Margarine
Lübecker Margarine-Centrale
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen. **A. DREESEN.** Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel?
In der Feinkosthandlung von
Paul Burmester jun.
Holstenstraße 24 * Fernsprecher 3763
und in den Verkaufsstellen Meierstraße 21, Schwönekenquerstr. 18, Holstenstr. 3, Wakenitzstr. 23.

B. Glogner & Co.
Kanalstraße 32-34
Stahl, Eisen, Metalle, Schrott.

Ankauf! * Ankauf!
Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle
Sämtliche Felle und Haare.
R. Lissauer, Produktenbörse.
Hartengrube 5. * Fernruf 3601.

F. Lissauer & Goldschmidt
en gros **Mühlenstr. 60** en détail
Eisen Metalle Lumpen Haare.

Aug. Lüders
Spezialgeschäft f. Strumpfwaren u. Wäsche.
Manufakturwaren — Wollumtausch
Hüxstraße 55.

L. Lissianski
Obertrave 19
Rohprodukte.

Törpers Produkten-Zentrale
Schwart. Allee 24/26 * Fernsprecher 1575
Beste Absatzquelle für Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen usw.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Montag, 4. Juni 1923. Nummer 127.

Freistaat Lübeck.

Montag, 4. Juni.

All die großen wilden Worte
Sind wie himmelhohe Türen,
Die ins Land der Sehnsucht führen.
Hinter uns die Flammenpforte,
Hinter uns das Trommelrühren.

Auf, laßt uns das Werk beginnen!
Sonne liegt auf unsern Bahnen.
Brennt ein Spruch auf unsern Fahnen:
„Lasset uns die Welt gewinnen!"
Doch das Ziel läßt sich nur ahnen.

Bruder, lerne dich begreifen
Und dein tolles Herz ergründen!
Hört, wir müssen uns verbünden
In dem Irren, in dem Schweifen,
Daß die Quellen rauschend münden.

Abgetan ist alles Schwere,
Haß und Zweifel sind vernichtet.
Menschenwürde aufgerichtet:
Jedem Ruhm und jedem Ehre!
Seht, wir haben Land gesichtet.

Und die ewigen Menschenrechte
Sind, vom Paradies vertrieben,
Tief in unser Herz geschrieben:
Keine Herren! Keine Knechte!
Nur noch Menschen, die sich lieben.

Max Barthel.

Spiel mit dem Feuer.

Es hieße den Ernst der gegenwärtigen Situation verkennen, wenn sowohl die Unternehmer wie die Schlichtungsinstanzen der ungeheuren Teuerung nicht schnell und vollauf gerecht würden. Nach der Statistik des Statistischen Landesamtes in Lübeck haben sich die Lebenshaltungskosten im Mai gegenüber April mehr als verdreifacht, gegenüber dem Mai des Vorjahres mehr als verhundertfacht. Diese Zahlen sind längst überholt worden. Gegenwärtig sind wir zweifellos **einer fünftausendfachen Teuerung der Lebenshaltungskosten sehr nahe.** Ernährung und Bekleidung sind heute in einem Arbeiterhaushalt die fast einzigen Ausgabeposten, neben denen für Steuern und Verbandsbeiträge. Bedenkt man aber, daß andererseits die Steigerung der Löhne der bestbezahlten Arbeiter gegenwärtig etwa das 2500fache beträgt, dann wird es jedermann einleuchten, daß die

Verzweiflungsstimmung

sich selbst ruhig denkender Arbeiter bemächtigt. Denn in dem Maße, in dem die Unfähigkeit der so viel gepriesenen Regierung Cuno das Unheil des Markkurses nicht aufzuhalten und die Auswucherung der breiten Masse nicht zu unterbinden vermag, in demselben Maße wachsen die Wuchergewinne der Unternehmer, des Groß- und Kleinhandels, während die **Arbeiterschaft um ihren Lohn einfach gepreßt wird.** Diese Gegensätze sind so schreiend, daß sogar die Reichsregierung sich veranlaßt sah, auf Veranlassung der Spitzengewerkschaften in einer deutlichen Erklärung die Schlichtungsinstanzen sowie alle Behörden und Unternehmer auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält es nun für angebracht, mit folgender Gegenerklärung zu antworten:

Durch diese in der Presse verbreitete Auffassung und ebenso durch eine weitere, offenbar aus dem Reichsarbeitsministerium selbst stammende Mahnung an die Arbeitgeberschaft, den insbesondere durch die zu erwartende Brotpreiserhöhung eintretenden Teuerungsverhältnissen Rechnung zu tragen, kann der Eindruck erweckt werden, als ob die deutsche Arbeitgeberschaft die notwendige Einsicht in die schwierigen Verhältnisse und den Willen zu ihrer Ueberwindung vermissen lasse. Diese Auffassung ist auf das entschiedenste zurückzuweisen und findet in dem bisherigen Verhalten der deutschen Arbeitgeberschaft keine Rechtfertigung. (!) Die deutsche Arbeitgeberschaft ist sich bei der Lohnpolitik, die sie im Rahmen der gesamten politischen und Wirtschaftslage zu verfolgen hatte, ihrer hohen Verantwortung in vollem Grade bewußt gewesen; (!) sie wird hiernach auch den infolge der weiteren Geldentwertung eingetretenen Verhältnissen nach ihren besten Kräften Rechnung tragen. Die gerade jetzt bewilligten Lohnerhöhungen, vom Bergbau ausgehend, beweisen dies. (?) Daß hierbei die Arbeitgeberschaft verpflichtet ist, auf die gesamte wirtschaftliche Lage der einzelnen Industrien und Betriebe entsprechende Rücksicht zu nehmen, mag den Vertretern reiner Verbraucherinteressen und den darauf eingestellten Stellen entbehrlich erscheinen, ist aber eine selbstverständliche Pflicht verantwortungsvoller Unternehmer. Die deutsche Arbeitgeberschaft hat insbesondere die bisherigen Auswirkungen der Verteuerung des Brotpreises im Rahmen der gesamten Teuerungs- und Wirtschaftlage in gemeinsamen Verhandlungen mit der Arbeiterschaft ohne erhebliche Schwierigkeiten überwunden. Es besteht kein Anlaß anzunehmen, daß hierin eine Aenderung eintreten wird."

Die Gegenerklärung verrät einen geradezu unfaßbaren Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl. Bedenkt man, daß die Unternehmer die ungeheuerlichen Gewinne, die ihnen die Markentwertung bringt, seelenruhig einstecken, denn ihre Preise fußen auf dem Dollar, während sie wochenlang die Lohnverhandlungen hinschleppen und sich hartnäckig weigern, die Löhne und Gehälter den von ihnen geschaffenen Wucherpreisen anzupassen, dann muß man staunen über den Mut, mit solchen schnoddrigen Redensarten von den „reinen Verbraucherinteressen" geradezu mit dem Feuer zu spielen. Die Herren erklären unwirsch, sie bedürfen keiner Mahnung und wüßten allein, was sie zu tun haben. Es will uns scheinen, daß sie dann Zustände wollen, die an die vom November-Dezember 1918 in mehr als einer Hinsicht erinnern würden. . . .

Aber sind die Unternehmer wirklich so schlecht über die gegenwärtige Situation unterrichtet? Sind ihnen die hundertfachen Forderungen und Entschließungen der Arbeiter in den Betrieben etwa unbekannt? Oder wollen sie etwa leugnen, daß die Verzweiflung der Arbeiterschaft, die zu gefährlichen Entladungen führen kann, ihre Ursache nicht etwa in irgendeiner „Hetze", sondern in der von den Unternehmern und deren Vertretern selbst herbeigeführten Zuständen haben?

Fast kein Unternehmer verkennt und leugnet diese Dinge im persönlichen Gespräch. Sie erklären sich aber an den Beschlüssen ihrer Organisation gebunden. Liest man die kaltschnäuzige Erklärung des Spitzenverbandes der Unternehmer, besonders in der Metallindustrie, das ihnen auferlegte Joch als drückend zu empfinden beginnen.

Den Arbeitern sei aber die Mahnung zugerufen, sich angesichts dieser Haltung der Unternehmer fest und geschlossen um ihre Organisationen zu scharen. Jetzt ist nicht der Augenblick zu Sonderaktionen und Kraftmeiereien. Das ist eine Verzettelung und Zersplitterung der Kräfte. Jetzt heißt es taub sein gegen radikal klingende Parolen, die nur Verwirrung anrichten können. Man lasse die dazu berufenen und der Gesamtarbeiterschaft verantwortlichen Vertreter die gewiß nicht leichten Verhandlungen führen. Jede „Hilfe" durch Demonstrationen ist da nur eine Hilfe für die Unternehmer. Die Zeit zur Aktion ist da, wenn die Gewerkschaft ruft. **Bis dahin** heißt es geschlossene Bereitschaft wahren!

Die bürgerliche Presse
die gewaltigste Festung des Kapitalismus.

Der englische Schriftsteller Normann Angell-London beschäftigt sich in einer Schrift mit dem kapitalistischen Zeitungswesen, und er sagt den Arbeitern, daß es zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört, sich von dem Einfluß dieser Presse zu befreien. So schreibt er unter anderem:

„**Ohne Blutvergießen und Leiden läßt sich hier die gewaltigste Festung des Kapitalismus** (die bürgerliche Presse), **die größte Machtquelle der alten Ordnung erobern,** die Mittel, vermöge welcher sie die Gedanken kontrolliert und infolgedessen die Handlungen und die Politik der Nation. Niemand braucht für diesen unermeßlichen Arbeitersieg auf den Barrikaden zu sterben; man beziehe eine Zeitung an Stelle einer anderen. Diese kleine Handlung würde den Kapitalismus der Gnade des Arbeiters ausliefern. **Keine „Macht" könnte gegen den Entschluß der Arbeiter, keine kapitalistischen Zeitungen mehr zu lesen, aufkommen. . . . Hier kann die Fähigkeit der Arbeiter, sich selbst zu befreien, auf die Probe gestellt werden.** Das Problem der Ersetzung der mühsamen kapitalistischen Maschinerie durch eine neue Gesellschaftsordnung oder die Rückgabe des Bodens an die Bevölkerung, stellt die Arbeiter vor bedeutende soziale, politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten. Was aber die Uebernahme der **Presse betrifft, ist die Hauptbedingung des Erfolges eine selbst für den unbegabtesten Arbeiter durchaus mögliche Handlung,** die dem Volke nicht nur „Profite" tragen, sondern eine das Parlament überragende Machtquelle erschließen würde, deren Besitz die Vorbedingung jedweder wirklichen Aenderung bildet. **Nur ein kleiner Beweis von Arbeiterdisziplin und das übrige läßt sich bewerkstelligen!"**

Frauen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende! Befolgt diesen Rat. Macht euch frei von dem Einfluß der kapitalistischen Presse! Werbt für euer Blatt, für den

Lübecker Volksboten.

3. Reichs-Arbeiter-Sporttag.

Wie überall in deutschen Landen, so scharte am Sonnabend und Sonntag auch das Lübecker Sportkartell seine Mannen zusammen, um den Fortschritt der Arbeitersportbewegung zu zeigen und im frohen Spiel die Kräfte zu messen. Am Sonnabend wurde im Gewerkschaftshaus eine Eröffnungsfeier abgehalten. Ein äußerst reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm fesselte die Erschienenen bis um die Mitternachtsstunde. Turnerische Uebungen mannigfacher Art, Ringkämpfe, Volkstänze, Radfahrer-Kunstreigen usw. fanden lebhafte Anerkennung. Den musikalischen Teil bestritten der Konzertinaklub Lübeck und der Harmonikaklub Harmonia von 1907. Die Ansprache hielt Sportgenosse Roß.

Am Sonntag morgen wurden nach dem Wecken auf Buniamshof volkstümliche Wettkämpfe ausgetragen. Mittags 2 Uhr formierte sich auf dem Burgfelde der Festzug, der durch seine gute Organisation sehr wohl dazu angetan war, für die Arbeitersportbewegung werbend zu wirken. Die Radfahrer waren sehr zahlreich vertreten, ebenso fielen die Kinderabteilungen des Arbeiterturnvereins ins Gewicht. Was an sportlichen Vereinen dem Kartell angeschlossen ist, war aufmarschiert. Selbst der Schachklub fehlte nicht. Schlag-, Faust- und Fußballer stellten ansehnliche Kolonnen. Der Segelklub „Hansa" ließ weithin seinen Wimpel wehen und führte ein prächtiges Segelboot mit; der Wassersportverein hatte sogar einen Meeresgott mit reizenden Wassernixen heraufbeschworen. Dies lebende Bild erregte allgemeine Aufmerksamkeit. Belebt wurde der Festzug von zwei Musikkapellen, dem nimmermüden strammen Trommler- und Pfeiferkorps des Arbeiterturnvereins, sowie dem Konzertina- und dem Harmonikaklub. Stolz und frei marschierten Lübecks Arbeitersportler unter Einschluß der Kücknitzer durch die Straßen nach dem Buniamshof, wo wieder Freiübungen, Faust-, Schlag- und Fußballspiele und Wettkämpfe stattfanden. Ein Stafettenlauf und Tänze des Vereins der Naturfreunde wie der Arbeiterjugend vervollständigten das bunte Bild auf dem schönen Spielplatz, der groß genug ist, um noch Tausende von Angehörigen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, die bisher abseits standen, auf-

To lat.

Mudder Röhlsch wusch. Wo lan nun all. Mit fiefuntwinti Johr weer se anfung'n. Nu gung se bald in de Föftiger rin. Un noch jümmers wusch se. Dree Daag weer se verheirad wäsen. Dree Daag harr se sich bemli högen kunnt öber ehr smuck Bruntkled, öwer dat blank Käkenschap un dat fine Plüschsofa. All ehr eegen! Dree Daag; denn worrn se Klaus Röhl dot in't Hus dragen. De junge Frau Telse wull schreen, Dagg un Nach. So weh deh dat. Awer as se een Nach dörweent harr, wörr se wat stiller un besunn sick in't Lewen trüch. Denn nöhm se sick Waschstelln an un dach, dor wör sick wull noch wat Bäters finn'n. As se denn awers föhl, dat de Dode ihr nich alleen laten harr, bleef se bi de Waschbütt. Nu weer de Jung all grot un utwussen, weer Schriewer up 'e Stadtkaß un harr 't rech wat bäter as sien ohl Mudder. Klaus heet he nah sien Vadder. As Kind weer he mennimol bunt henlang kam'n, harr de irsten Johrn bi sien Mudder in dampige Waschkäken verbröch un in de Schooltied nich veel Uppassen hatt, denn Fru Telse müß för't Brot sorgen. Se stunn de Daag öwer an de Waschtunn, spööl een Awend 'n Hochtiedsgesellschopp de Teller aff un stunn de anner Awend in 'e Thiategadrob. So kreeg se Geld tohop. Klaus wat liern to laten.

Klaus! He verstunn 't, de fine Mann to spälen. Wenn he sick de Jungfernstieg henlang gung, de Glimmstengel in 'e Mund un de dünne Knuttenstock in 'e witt Schriewerhand, denn dach keen vun de Deerns, de em nahkeken, dat düß Jung in de neemodsche Antog 'n Waschfrusöhn sien kunn. Dat schul ook um alls in 'e Welt keen Minsch weeten. Keenee. Dor weer Klaus heel besorg üm. Wo mennimol mak he, wenn he sien Mudder in ehrn griesen Uemhang ankam'n seeg, gau 'n Uemwegg, orrer stell sick trüch in die Düsternis. Eenmal harr se 't mark, weer awers wieder gahn, as seeg se em nich. Un as he nah Hus keem un ehr freg, worüm dat se ween, keek se em grad an und säd blots: „Lat man." Awer se keek nu mit anner Ogen un wor veel mies, up dat se vörher nich achgewen harr. Se wuß nu, dat ehr Jung sick scham, 'n Mudder to hebben, de up Daglohn gung.

Mol nehm se sick em denn awers doch vör:

„Ick heff min helle Freud doran hatt, Di wat liern to laten, Di wat sicher dört Lewen gahn to wäten as mi un as Din Vadder. Dit is mi dat nicht fulln. Un nu lohnst Du mi 't so. Kinns mi nich up 'e Straat. Lüqst Di sülm vör, Du büß 'n groot Mann. Klaus, Klaus, ick günn Di nix Slechs, awer 't kunn angahn, dat ook Din Kinner sick mol för Di schamt. Denn wars Du wäten, wo weh Du mi dahn heß, min Jung."

Klaus säd nicht veel darto, versöch, sick ruttostrieken:

„Ick heff Di nich sehn."

„Lat man," säd sin Mutter, denn weer un sweeg still. Se wuß Bescheed. Un se harr sick dat recht wat anners för ehr Oeller dach. Noch sleep he mit ehr in een Kamer. Mennimol keem he lat nah Hus un wöhl denn ahn Slap 'n Stunn orrer twee in't Bett herüm. Se much nix seggen. Un he leet sick ook nix seggen. He weer bald Fiefuntwinti un wull sien eegen Herr wäsen. Awer ehr bewern de Hann, as he een Dag säd, he wull ehr nu nicht mehr soveel Arbeid maken un lewer bi anner Lüd wahn. De Wegg no de Kaß weer em ook meist 'n beten wied bi slech Weeder. Se awer harr denn ehr Roh un bruk nich mehr för em to waschen un to stoppen. He wull sick alls maken laten.

Mudder Röhl wull nich ween, wull ook nich bös sin, wull blots, he wüß, wo he ehr dreep mit sien Weggahn. Denn säd se week:

„Klaus, dat kanns Du jo gor nich alls betahln vun Din lütt Gehalt. Wenn Du girn nah anner Lüd hentreden wullt, denn doh 't. Awer Din Tüch bring mi man. Dat holl ick Di in 'e Reeg."

So keem Klaus ümmer sien Mudders Ogen rut un vergeet bi Frünn un liebe Deerns, dat se nu jümmers alleen set to Hus. He keem blots bi ehr, wenn he keen Geld harr, sick Strümp un Hemm waschen un stoppen to laten. Denn fun he de Weeg to sien Mudder. Un se keek ehrn Jung blots an, säd awers ni. Hürt harr he doch nich up ehr. He meister dat Lewen so veel bäter.

Mudder Röhl gung ehr'n Wegg as vördem. Se wusch een Dagg as de anner för 'n poor Groschen, spor dorvun, wat se kunn, damit se nich verhunger, wenn de Knaken mör un möd weern. Mennimol kunn dat gau kam'n. Veel weer 't jo nich, wat se sick in all de Johrn dör hitten Sweet trülegt harr, awer de irste Not weer doch verjogt. Vun Klaus keem ehr keen Hülp, dat wu se Un vunn frömde Lüd wull se keen. Dat muß denn gahn as 't gung. Nach weer se jo heel flink to Been. Blots dat Hart mell sick mennimol, steek vör dull, bleef 'n ganz Tied stahn, dat ehr de Angstsweet keem un hamer denn nahsten wild up los, dat ehr 't Bloot heet dör de Adern gung. Dat keem nu offens, se kenn sick all dormit ut. De Fööt, wenn de ehr man noch dreegen wulln, dorup keem 't an. Blots nich betteln mötn! Nich bi de Borgermeister un nich bi de Stiftsrat. Se wull sick sülm satt maken. Un dat wör se ook wull künn. Ehr gröttst Not harr se um Klaus. He wer doch ehr Kind un wohr ehr nu weis fremd in 'e letzt Tied. Wenn se doran dach, mell sick dat Hart am irsten. Un se wull denn mennimol, se seeg ümmer de Eer un kunn sick utklaven. Klaus de bruk ehr jo all lang nich mehr, de weer all neegto acht Wuchen ni bi ehr kam'n.

Awer Klaus bruk ehr doch. He stunn all de drütt Awend vör ehr Dör un wull sick rinslicken. Hüt müß he 't. He müß. Se sleep so lang, sien Mudder. Se wör em nich hürn. Un he müß Geld bruken. Segg'n kunn he ehr dat nich. Denn keek se em jümmers so an, dat he sick so slech vörkehm, so slech! Nä, he müß sick dat Geld nehm. Se kreeg dat wedder. Stehln wull he nich, he wull sick 't lehn. Un he steek de Husdörslötel, de he jümmers harr un de ganz warm worr weer in sien Hand, liesen in un slot up. Denn hork he. Nix to hürn. Mudder sleep. Un se sleep faß nah ehr Arbeit. Sachen sleek he sick rin. De Stewern harr he uttrocken. Lich wull he man nich maken, he wüß jo Bescheed. In 'e Uhr harr Mudder dat Geld. He müß sick dor blots liesen de Stohl anstellen. Un he stött ook narms an, so düster dat weer. De Stohl knarr wat, as he upsteeg. Klaus hel de Atem an un lang dat Geld ut de Uhr herut. Nich alls, awer nog, sien Schulln to betahln. Un Mudder kreeg dat ok jo wiß wedder. Keen Penn wull he behollen. Awer sien Hart kübber vör dull. Denn full em ook wat Geld ut de bewern Hand. He söch in Düstern un kunn't nich wedderfinn'n. Denn muß he doch man Lich maken. De Dör nah de Kamer wer jo to. Un vun de Straat kunn man nich rinkieken. Sachen mak Klaus Lich an. Miteens full em ok dat anner Geld ut 'e Hand, un he meen, dat he lud upschree. Wiet stunn em de Ogen apen. Un denn sack he för den Lehnstohl tojam'n, in denn sien Mudder seet, dat Flicktüch noch in 'n Schoot, de een Hand an 'e Siet, as wenn se noch harr nah 't Hart griepen wullt un doch to lat keem.

Sien dode Mudder harr de ganze Tid in de Stuv seeten.

„Mudder!" stöhn Klaus twüschen de Tän dör. „Mudder!" Deep un bewri klung dat. Kunn se dat noch hürn! Soveel Schlackenkram full in düß Stunn vun em aff. He keek mit anner Ogen, he seeg dat harde un true Lewen vun sien Mudder un stell sien Lewen un sick sülm dorgegen un mak in Scham de Ogen to. He föhl: dat weer nu to lat.

Marie Harder.

Aussprüche von Leo Tolstoi.

Nichts verschönt das eigne Leben wie das Leben der Mitmenschen so sehr, wie das zur Gewohnheit gewordene Bestreben, gut zu sein.

*

Höre auf, andere Menschen zu verdammen — und du wirst dasselbe Gefühl haben wie der Trunkenbold, der das Trinken oder der Raucher, der das Rauchen aufgegeben hat: du wirst dich in deiner Seele erleichtert fühlen.

*

Kinder, die einander begegnen, lächeln sich gegenseitig an und drücken damit ihre wohlwollende Freude über die Begegnung aus. Das gleiche beobachtet man bei allen unverdorbenen Erwachsenen. Wie anders hingegen verhalten sich die Menschen verschiedenen Stammes: noch ehe sie sich gesehen, hassen sie sich schon und sind bereit, sich gegenseitig Leiden und selbst den Tod zuzufügen. Was für furchtbare Verbrecher sind doch diejenigen, die in den Menschen solche Gefühle wachrufen und sie zu solchen Untaten anreizen.

*

Die Freuden der Reichen werden mit den Tränen der Armen erkauft.

*

Wie verkehrt muß doch eine Weltordnung sein, die es den von der Arbeit der Armen lebenden Reichen gestittet, sich einzubilden, daß sie die Wohltäter der Armen seien!

*

Gewiß der Reichtum entsteht durch die Anhäufung von Arbeit; aber in der Regel besorgt der eine die Arbeit und der andere das Anhäufen; und das nennen dann die klugen Leute „Arbeitsteilung."!

zunehmen. Denn so sehr auch die Arbeitersportbewegung an Umfang gewinnt, im Verhältnis zur Stärke der Arbeiterorganisationen müßte sie noch weit mehr junge Leute umfassen, denen sportliche Betätigung nur nützlich sein würde. Hoffentlich haben die Veranstaltungen des Arbeitersportkartells auch in diesem Jahre dazu beigetragen, manchem Zögernden den Arbeitersportvereinen zuzuführen. Ein Ball im Gewerkschaftshaus beschloß den Tag.

Am nächsten Sonntag wird der Wassersportverein in der Badeanstalt Falkendamm ein Wassersportfest veranstalten. Auf der Wakenitz wird außerdem eine Segelregatta stattfinden.

Aus der Geschichte der Arbeitersportbewegung.

Gleichzeitig mit der Feier des Reichsarbeitersporttages kann die größte Arbeitersportorganisation aller Länder, der deutsche „Arbeiterturn- und Sportbund", auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1893 war es, als sich zu Pfingsten 39 Delegierte aus 51 Vereinen in Gera zusammenfanden und den Bund gründeten. Die eigentlichen Anfänge datieren aber schon aus dem Jahre 1890, als das Sozialistengesetz fiel und die Arbeiterschaft allenthalben an den Neu- bezw. Wiederaufbau ihrer Organisationen ging. Der erste Zusammenschluß erfolgte 1892 in Brandenburg, welche Stadt als die Wiege des Bundes bezeichnet werden kann. Es bildeten sich auch in anderen Landesteilen Arbeiterturnvereine und schlossen sich zu Landesorganisationen zusammen, sogar der deutsche Dichter und spätere „Simplizissimus"-Mitarbeiter Edgar Steiger begeisterte sich für die neue Bewegung und stellte sich werbend in ihren Dienst. 1894 wurden 125 Vereine mit 9096 Mitgliedern gezählt, 1900 bereits 512 Vereine mit 37 571 Mitgliedern, 1905 949 Vereine mit 80 147 Mitgliedern, 1910 1898 Vereine mit 158 582 Mitgliedern, bei Beginn des Krieges rund 2500 Vereine mit 200 000 Mitgliedern. Der große Aufschwung des Jugend- und Kinderturnens führte besonders in Preußen zu den Jugendturnvereinen in Arbeiterkreisen. Es entstand die Aera Studt und Trott zu Solz in inniger Verbindung mit der deutschen Turnerschaft, die die Jugendturnwarte mit Geldstrafen und Gefängnis belegte sowie den Arbeiterturnern die Turnhallen und städtischen Spielplätze entzog. Ihren Abschluß fanden diese Verfolgungen erst mit Beginn des Krieges. Die Revolution brachte auch den Arbeiterturnvereinen die Gleichberechtigung. Die durch den Krieg zerstörten Vereine wurden wieder aufgebaut, viele Vereine und ganze Gaue der deutschen Turnerschaft traten zum Arbeiterturnerbund über. 1920 waren bereits wieder 5051 Vereine mit 842 795 Mitgliedern vorhanden, 1921 4175 Vereine mit 588 197 Mitgliedern, darunter 30 000 Fußballspieler, 1922 trat der Arbeiterwassersportverband mit 50 000 Mitgliedern (Schwimmer, Ruderer) zum Bund über. Das Pressewesen ist gut ausgebaut. Neben der „Arbeiterturnzeitung" als Hauptorgan gibt der Bund technische Fachschriften für Leichtathletik, Fußball, Wassersport, Vorturner, Turnerinnen und Kinder heraus, in denen gute Illustrationen das geschriebene Wort unterstützen. Die Gesamtauflage der Zeitungen beträgt 100 000.

Zurzeit hat der Bund 8000 Vereine mit fast einer Million Vereinsangehöriger, die namentlich beim Bund gemeldet und gegen Unfall versichert sind. Der Kreis Norddeutschland zählt 452 Vereine mit 59 164 Mitgliedern. Darunter sind 28 470 Turner, 5546 Fußballer, 2409 Wassersportler, 8609 Turnerinnen und 15 887 Kinder.

---

* **Stadthallen-Lichtspiele.** Tabea stehe auf, ein Film nach dem gleichnamigen Roman von Margarete Böhme, ist von dem Bearbeiter viel zu sehr nach dem Original verfertigt. Es ist zwar eine ernste anständige Arbeit, die jeden Kitsch vermeiden, aber sie ist zu ernst, wo sie dramatisch und filmhaft werden mußte. Die blonde Lotte Neumann in der Hauptrolle zeigt sich ganz in ihrer Freundlichkeit. Von den übrigen Darstellern ragen Paul Otto als Osgaard und Guido Herzfeld als der Dr. Grull durch wirklich interessantes Spiel hervor. Der Ruf des Schicksals ist eine Verfilmung des Wild-West-Romans „Die Cousine Wendeline aus Amerika", die in dem Familientage ihrer Verwandten in Europa einen Triumph feiern kann, dann in den Händen des kaufsüchtigen Fürsten (Fritz Kortner) sehr zu leiden hat, bis nach einer romantischen Flucht sie mit ihrem Vetter, dem Attaché, für immer vereinigt wird. In der „Strandfee", einer heiteren Posse, sorgt Leo Peukert für den Humor der Besucher.

Schäden am Getreide. Durch die nasse Witterung im Mai hat der infolge des Kunstdüngers und der mangelnden Kalkung leider immer mehr zunehmende Säuregehalt des Bodens besonders bei Gerste, aber auch bei anderen Getreidesorten, in diesem Jahre zu schweren Schäden geführt, so daß die Gerste stellenweise ganz abgemäht und umgepflügt werden muß. Für die Landwirtschaft, die trotz aller Warnungen immer noch Kunstdünger anwendet, ohne dem dadurch entstehenden Kalkbedürfnis Rechnung zu tragen, ist das eine deutliche Warnung. Es ist jetzt dringend notwendig, daß jeder Landwirt seinen Boden auf Kalkgehalt untersuchen läßt und die entsprechende Kalkdüngung vornimmt. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz in Lübeck (Museum am Dom) übernimmt solche Bodenuntersuchungen aus und kann auf Grund ihrer Untersuchungen, wie viel Kalk gegeben werden muß, um die Bodensäure aufzuheben. D. Sz.

pb. **Ein Meineid.** Festgenommen wurde ein in Schlutup wohnhafter Arbeiter, der bei einer früheren Gerichtsverhandlung einen Meineid geleistet haben soll.

Badeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 16 Grad, die Luftwärme 15 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Korrespondenzblatt Nr. 22 ist eingetroffen und sofort in Empfang zu nehmen.

Sozialdemokratische Frauen. Mittwoch, 6. Juni, nachmittags 3 Uhr, Führung durch das St.-Annen-Museum. Leitung: Herr Dr. Kurt Bauch. Treffpunkt 2¾ Uhr vor dem Museum. Zahlreiches Erscheinen erwartet die Vorsitzende. L. Jaeckel.

Sozialdemokratischer Verein, Ortsgruppe Vorwerk. Mittwoch, den 6. Juni, abends 7½ Uhr, Versammlung. Vortrag des Gen. F. Dreger.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Auflösung des Lockstedter Flüchtlingslagers. In den dortigen Heimkehrlagern befinden sich noch etwa 8000 Flüchtlingsfamilien, von denen manche schon jahrelang sich im Lager aufhalten. Die Bemühungen vieler Flüchtlinge, wieder zu einer Erwerbstätigkeit zu gelangen, waren bisher vergeblich, scheiterten oft an der schwierigen Wohnungsfrage. Der Reichstag hat jetzt eine Entschließung gefaßt, die Flüchtlingslager sobald wie möglich abzubauen. Der Reichsminister des Innern richtet daher an alle städtischen wie ländlichen Gemeinden die Bitte, den Lagerflüchtlingen zu einem Erwerb und einem Unterkommen zu verhelfen. Die Gemeinden sind nach dem Gesetz über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 verpflichtet, die Flüchtlinge bei der Unterbringung der Wohnungsuchenden vorzugsweise zu berücksichtigen. Um ihnen die Aufnahme von Lagerflüchtlingen zu erleichtern, ist das Reich bereit, ihnen für jede aufzunehmende Flüchtlingsfamilie eine geldliche Beihilfe zu gewähren, und zwar in Höhe von 1½ Millionen Mark für das Familienoberhaupt und 250 000 Mk. für jedes weitere Familienmitglied. Bis zum Eintritt der kalten Jahreszeit sollen die Lager geräumt werden.

Zur Oldenburger Landtagswahl.

Oeffentliche Wählerversammlung in Schwartau. — Reden der Genossen Stelling und Hug. — Kommunistisches Theater.

b. **Schwartau**, 2. Juni.

In Oldenburg und in der Provinz Lübeck wird allenthalben zu der am 10. Juni stattfindenden Neuwahl des Landtages lebhaft agitiert. Die politischen Gegner der Sozialdemokratie hoffen dabei einen besonderen Schnitt zu machen. Sie versprechen den Wählern wieder alles mögliche und laufen in Volkstümlichkeit. Wo diese Tugend nicht zieht, greift man recht tüchtig in den Verleumdersack und schwindelt das Blaue vom Himmel herunter. So z. B. in der Versammlung zu Ahrensbök, wo der Deutschnationale Rüffer wieder einmal frech behauptete, an allen Geschehnissen seit der Revolution und an aller Not seien die Sozialdemokraten schuld. Dem Treiben der Dunkelmänner muß ein Gegengewicht geboten werden. So übernahmen es am Sonnabend in einer überfüllten öffentlichen Wählerversammlung im Gasthaus Transvaal zu Schwartau die Genossen Ministerpräsident Stelling und Abgeordneter Hug, die wahren Absichten der Herren von rechts bloßzulegen.

Genosse Stelling referierte über die politische Lage im Reiche, wobei er auf den Ernst der Zeit hinwies und die Notwendigkeit betonte, für die Sicherung der Republik alles einzusetzen. Er erinnerte an die faszistischen und monarchistischen Treibereien in Bayern und den Versuch, auch in anderen Teilen des Reiches reaktionäre Horte nach bayrischem Muster einzurichten, wie z. B. in Mecklenburg und Vorpommern. Es sei leider eine Tatsache, daß unverantwortliche Käfte die Stoßkraft der Arbeiterschaft geschwächt, deren Auswirkung gehemmt und der Reaktion die Hasen in die Küche getrieben hätten. Nun gelte es, sich vor allem für die Republik einzusetzen. Ein Kampf für sie sei der Kampf um die Existenz des deutschen Volkes. Die Arbeiterschaft würde bei einem Auseinanderfallen der Republik der leidendste Teil sein. Sieger die Reaktion, die mit Hilfe der Faszisten Knechtung, neuen Krieg und neues Elend im Gefolge hätte. Der Redner erinnerte an die Unterdrückung der Arbeiterschaft im kaiserlichen Deutschland, an den Kampf um den Achtstundentag und betonte, daß dessen Beseitigung für die Arbeiterschaft die verhängnisvollsten Folgen haben würde. Die trostlose Ernährungslage, die Teuerung und der Dollartaumel wurden vom Redner eingehend besprochen und die notwendigen Schlußfolgerungen daraus gezogen. Die Regierung müsse unbedingt Maßnahmen treffen, damit die Bevölkerung den Großagrariern nicht völlig ausgeliefert werde. Das Volk habe Opfer gerade genug gebracht. Recht scharf ging Genosse Stelling gegen die chauvinistische Stimmungsmache und Kriegstreiberei vor und forderte, in die Herzen der Kinder den Haß gegen den Krieg zu pflanzen. Er behandelte zum Schluß die Ruhrfrage, in der gerade die Arbeiterschaft den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus so hervorragend aufgenommen habe. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei nicht nur den bestimmten Absichten Frankreichs zur Last zu legen, mitschuldig seien auch unsere Nationalisten. Wenn wir und Europa nicht untergehen sollen, dann bleibe nichts anderes übrig, als die Erfüllungspolitik weiter zu betreiben. Scharf kritisierte der Redner die Angebote von Industrie und Landwirtschaft, die ihre Hilfe mit Profitabsichten verknüpften. Wo es sich um die Existenz des Volkes handelt, müsse die Hilfe auch dieser Kreise bedingungslos erfolgen.

Genosse Abg. Hug behandelte im speziellen die Bedeutung der Oldenburger Landtagswahl, die von Volksparteilern und Zentrumsleuten erzwungen wurde, um eine Auseinandersetzung mit der Demokratie in die Wege zu leiten. Nun gelte es, ein Bekenntnis für Demokratie und Republik abzulegen. Treue Helfer der Volksparteiler seien die Landbündler, die Nachfahren des Bundes der Landwirte, die waschechtesten Konservativen. Während diese Leute sich heute als Hüter der Volksrechte aufspielten, seien sie in Wirklichkeit Feinde jeder gerechten Steuerpolitik, einer vernünftigen Kultur- und Sozialpolitik, Gegner jeder fortschrittlichen Schulpolitik. Sie waren von jeher die schärfsten Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes und wetteiferten in dieser Beziehung mit den Wahlrechtsverschlechterern in Sachsen und Preußen. Sie sind Verteidiger der Besitzervorrechte in den Gemeinden und waren verbissene Gegner des Frauenwahlrechtes. Und da stellen sich diese Demagogen als Hüter der Volksrechte hin, während sie ihre ganze Kraft aufwenden, um die Republik auszuhöhlen und den alten reaktionären Gewalten wieder zur Macht zu verhelfen. Das letzte Flugblatt der Deutschnationalen zeige deren ganze Demagogie. Haß gegen die Aufhebung der Gesindeordnung, gegen moderne Siedlung, gegen Bauschutz und gerechte Steuerpolitik seien die Triebfedern zur Beseitigung der Regierung Tantzen gewesen. Die Mitschuldigen des Krieges waren szt. froh, als die Arbeiterschaft die Folgen des Krieges zu heilen versuchte. Aber die Herrschaften vergessen leider nur zu schnell ihr Versprechen an dem neuen Zustand mitzuarbeiten. Sie haben Krieg und Revolution vergessen und schieben jetzt demagogisch unsere Not der Republik in die Schuhe anstatt dem Krieg. Ihr Uebermut wächst sich bereits zum Terror aus. Sie fordern, daß jedes Mitglied in den Gemeinden Mitglied des Landbundes sein muß, widrigenfalls ihm jede Hilfe verweigert wird. Um diesem Treiben entgegenzutreten, muß die Arbeiterschaft alle Macht in diesem Wahlkampfe aufbieten. Diese Herrschaften sind Freunde einer energischen Staatsregierung nur dann, wenn eine Bevorzugung ihrer Schichten damit verbunden ist, wenn die Staatsbureaukratie mit ihren willfährigen Gliedern besetzt wird. Deshalb sind sie so ungehalten, wenn wir dem republikfeindlichen Treiben an den höheren Schulen entgegenwirken. Das Ansehen Oldenburgs im Reiche war nie größer als unter der Regierung Tantzen. Der Redner zog weiter interessante Vergleiche über die heutigen und früheren Rechtszustände. Eine Vereinigungsfreiheit kannte man früher nicht, politische Agitatoren wurden wie Verbrecher verfolgt. Die Republik dagegen hat erst eine politische Rechtsgleichheit geschaffen, wie sie unter gebildeten Menschen bestehen muß. Der Redner streifte weiter die Koalitionspolitik im Landtag und hierbei insbesondere die Steuerfragen. Eine Erhöhung der Grundsteuer war notwendig, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Die Gegner wehrten sich mit allen Kräften gegen eine scharfe Erfassung sowohl der Grund- wie der Gewerbesteuer. Sie traten dafür ein, **den Gemeinden die Steuerrechte zu nehmen,** weil in den Gemeinden **die Vorrechte des Besitzes nicht mehr maßgebend sind,** weil in den Gemeindevertretungen Sozialdemokraten sitzen. Die Deutschnationalen und Volksparteiler sind die **größten Feinde der Wohnungszwangswirtschaft.** Die Vorlage zur **Verbilligung der Milch** an die Bedürftigen wurde von den Rechtsparteien verwässert. Hierbei tat sich gerade die **Landwirtschaft in der Provinz Lübeck unrühmlich hervor.** Dabei ist es Tatsache, daß die Lasten des ländlichen Besitzes lächerlich gering sind. Genosse Hug ging dann noch näher auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein und betonte zum Schluß, daß es bei der Wahl am 10. Juni nicht nur gelte, ein Bekenntnis für Demokratie und Republik abzulegen, sondern deren Geist zu beleben.

*

Nach diesen beifällig aufgenommenen Referaten kam der kommunistische Landtagsabgeordnete von Mecklenburg, Steinemann, zu Worte, der glaubte, der Versammlung eine Vorlesung über Radikalismus und Revisionismus halten zu müssen. Wie die Deutschvölkischen, so unterstellte dieser Arbeitervertreter der Sozialdemokratie die Schuld an den heutigen Zuständen, erklärte aber im gleichen Atemzuge, die Vorgänge in Rußland bewiesen, daß man nicht mit einemmale in den sozialistischen Staat hineinkriechen könne. Da Steinemann selbst betonte, die Versammlung brauche sich nicht nach dem zu richten, was er sage, so haben wir keine Ursache, seinen kommunistischen Dreh weiter zu verfolgen. — Die Kommunisten versuchten darauf, die Versammlung zu terrorisieren und führten das übliche Possenspiel auf, um weitere Redner ins Feld schicken zu können. Nach langem Hin und Her wurde schließlich Frau Greve noch das Wort erteilt. Der Fehlgriff dieses Entgegenkommens erwies sich sofort. Die Sprecherin benutzte die Gelegenheit, um unsere Genossen John und Mehrlein zu verdächtigen, was ihr vollkommen mißlang. Genosse John klärte den Sachverhalt in der Zuckerfrage sofort auf und über die Maßnahmen des Genossen Mehrlein bei dem Divisionsappell in Lübeck brachte Genosse Dr. Leber die rechten Töne vor. Der kommunistische Vorstoß war natürlich nicht dazu angetan, die Wahlbewegung im Sinne proletarischen Geistes zu beeinflussen, sondern kommunistische Phrasen zu dreschen. Die Leute träumen da von einem russischen Himmelreich, das in Wirklichkeit gar nicht existiert. Das sollte sich insbesondere Frau Greve merken, die in der Einbildung lebt, daß in Rußland für die Kinder vorbildlich gesorgt wird. In Wirklichkeit irren allein in Moskau, der bolschewistischen Residenz, mehr als 15 000 elternlose, von Gott und der Welt verlassene Kinder bettelnd und obdachlos umher und Dutzende von ihnen sterben fast täglich in elenden Winkeln.

Im Schlußwort rechnete Genosse Stelling mit den Moskauer Heilsaposteln ab und forderte zu reger Wahlpropaganda auf. Erst um Mitternacht wurde die Versammlung geschlossen.

Theater und Musik.

Tanzgastspiel von Elisabeth Grube und Hasso Holm im Hansa-Theater. Es ist noch gar nicht sehr lange her, daß Elisabeth Grube vom hiesigen Stadttheater ihre ersten Ballettversuche machte. Sie war damals jung und geschmeidig und ein vielversprechendes Talent. Es ist ihr dann gelungen, vorwärts zu kommen, und heute gehört sie zu den allerersten Kräften des Balletts der Berliner Staatsoper. Nun kehrte Elisabeth Grube am Sonnabend hier zu einem einmaligen Gastspiel ein, um zu zeigen, was sie kann, wie sie sich entwickelt hat. In der äußeren Erscheinung von schönem Ebenmaß, schlank aber nicht zu sehr, in ihren Bewegungen anmutig, graziös und ausdrucksgewandt, auch als Spitzentänzerin vortrefflich, so suchte die Künstlerin einer ganzen Anzahl verschiedenartiger kleiner Kompositionen, meist von Weber, Kämme, bildhaft und inhaltlich Leben zu geben. Tanz und Pantomime, beide einander verwandt, waren die Aufgaben, deren Lösung meist vortrefflich gelang, wenn auch nicht jede Aufgabe selbst zu fesseln vermochte. Hasso Holm war ihr ein in mancher Beziehung gleichartiger Partner. Von ihm wurde besonders wirkungsvoll der „Sklave" gestaltet. Am Flügel beteiligte sich wohl erfreulich und ziemlich ausgiebig Herr Kömme, der Komponist. Prächtige Kostüme unterstützten den Eindruck.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Eingesandt.

Im General-Anzeiger (Nr. 112) befindet sich ein Bericht über den Divisionsappell auf dem Burgfeld, in dem „vom Denken aller Parteien in Ehrfurcht und Dank an jene Helden, die ihr Höchstes hingaben für Heimat und Volk" gesprochen wird. Sehr schön, in Worten! Aber wie steht's damit in der Tat? Als Kriegsbeschädigter möchte ich diese Frage aufwerfen. Von 60 Schwerbeschädigten in Lübeck sind noch eine ganze Reihe ohne Beruf und ohne Unterkommen — soweit sie überhaupt arbeitsfähig sind. Gar mancher von uns mußte schon den Weg ins Armenhaus einschlagen, mit einem Gesuch in höchster Not an „Einen hohen Senat" gehen, um nur am Leben zu bleiben.

Louis Remitz.

U. R. Es ist eine merkwürdige Erscheinung der Nachkriegszeit, daß Leute, die im Kriege unabkömmlich oder reklamiert waren, jetzt — nachträglich — außerordentlich mutig, tapfer und kriegsbegeistert geworden sind. Z. B. möchte ich die Frage stellen, weshalb Herr Knie vom General-Anzeiger erst jetzt seinen kriegerischen Geist entdeckt hat, weshalb er jetzt erst — bei den ungefährlichen Paraderien auf dem Burgfeld — seinen Kampfesmut entdeckt hat. Von 1914—1918 wäre die Gelegenheit hierzu doch günstiger gewesen, und Herr Knie stand doch damals noch im besten und kräftigsten Mannesalter. Aber in der Heimat war es schöner! Und Herr Knie wurde reklamiert. Und als ganz zum Schluß die Reihe doch an ihn kam, da war's wieder in der Heimat schöner. Und Herr Knie hielt patriotische Vorträge. Ueber Durchhalten, Sieg, Tapferkeit — der anderen. Ich nehme ihm ja nicht übel, daß er lieber Heimkrieger als Frontkämpfer war. Aber sein Maulheldentum von heute stimmt doch mit seinen Kriegstaten so wenig überein, daß man einmal auch darauf aufmerksam machen muß. Genau so wie einst auch auf den kriegerischen „Heldenmut" seines Gesinnungsgenossen Ude hingewiesen wurde.

---

4. Quittung über die Sammlung für die Erwerbslosen.

Belegschaft Brennerei und Ziegelei Buntekuh	17 000 Mk.
H. Beuck, Brockesstraße 25	50 000 „
August Böttcher, Rathausaufseher	5 000 „
Cafe Opera, durch Herrn Jacob	101 500 „
Dachdecker-Verband	24 320 „
Angestellte und Arbeiter des Konsumvereins	143 880 „
Sattler-Verband	88 800 „
L. M. G. 6. Rate	30 000 „
Senator Friedrich	20 000 „
Konsumverein Lübeck	1 000 000 „
Alfons Frank und Co.	10 000 „
Senator Henze	20 000 „
Senator Kulenkamp	20 000 „
L. Graff, Holstenstraße	20 000 „
Niemeiers Zigarrenhandlung, Ernst Koll	10 000 „
Promenaden-Cafe, H. Weber	10 000 „
Von Herrn Gehle	2 000 „
Gewerkschafts- und Parteiangestellte (1. Rate)	120 000 „
Durch Steinberg	15 000 „
Belegschaft Heilanstalt Strecknitz	12 397 „
	1 744 597 Mk.

Berichtigung.

In der 3. Quittung über die Sammlung für die Erwerbslosen sind einige Fehler enthalten, die wir hiermit berichtigen:

1. Die Sammlung der Belegschaft Havemann u. Sohn hat nicht 31 500 Mk., sondern 68 500 Mk. ergeben.

Die unter „Allgemeine Ortskrankenkasse" in der 3. Quittung genannte Summe ist nicht von der Kasse, sondern von den Angestellten gesammelt.

24 255 Mk., die in der 3. Quittung von den Arbeitnehmern der Arbeitsgenossenschaft quittiert sind, sind nicht von der Belegschaft derselben, sondern von den Arbeitnehmern der Arbeitsgemeinschaft (Klempner, Elektriker, Bauschlosser usw.)